

01 | 2019

■ Menschenrechte beginnen vor unserer Haustüre 03

■ Von Europa hinein in unsere Städte 04

■ Mit hocheffizienten Wärme-konzepten und Umsonst-Tankstellen 06

■ Her mit den Fahrradparkplätzen! 07

■ Sucht und Substitution 08

■ Jetzt auch noch die Nord-LB? 09

■ Erlebnispädagogik 10

■ Wohnungsbau auf Konversions-flächen statt auf der grünen Wiese 13

■ Weitere Maßnahmen für saubere Luft! 14

■ Aus den Bezirken:

Budgets für alle – So geht Beteiligung!

– Fahrrad-Service-Station Möhringen

– Wilhelmsbrücke autofrei – ... 18

■ Kompass verloren? 24

### BEWUSST EUROPÄISCH

## Von Stuttgart nach Europa!

■ „SO VIEL EUROPA STECKT IN DER KOMMUNE – UND ANDERSRUM!“ ANNA DEPARNAY-GRUNENBERG: | Think global, act local, dieser urgrüne Spruch hat zu Recht wieder Hochkonjunktur. Und für mich jetzt eine weitere Bedeutung. Seit zehn Jahren bin ich nun als Stadträtin im Einsatz für Stuttgart. Seither weiß ich, welche Nähe zu den Bürger\*innen dieses Engagement im Gemeinderat mit sich bringt. Für große Ziele und Herausforderungen (Klimaschutz, ökologische Transformation der Wirtschaft, nachhaltige Mobilität, gesellschaftlicher Zusammenhalt, Rechtsstaatlichkeit, ...) konkrete Maßnahmen in der Stadt umzusetzen, das ist die große Kunst der Kommunalpolitik. Auch vor Ort und ganz konkret ist das mitunter gar nicht so einfach. Deswegen müssen wir auch immer für einen Interessensausgleich sorgen. Manchmal hilft

dabei, die Fragen anders zu stellen. Also nicht zu fragen, ob Parkplätze oder Radwege wichtiger sind oder ob einem „flüssigen Verkehr“ oder der guten Luft in der Stadt größere Bedeutung zukommen soll, sondern eine Antwort auf Mobilitätsbedürfnisse und Luftreinhaltung zugleich zu finden. Also mehr Radinfrastruktur, bessere Angebote des öffentlichen Nahverkehrs, Tarifenkung, Nutzen der dritten Ebene für urbane Luftseilbahnen, kluge Park-and-Ride-Lösungen. Und ein Mobilitätsspass für eine künftig solidarische Finanzierung des Nahverkehrs, die allen zugute kommt. Das sind grüne Wege, die Mobilitätswende anzupacken. Geholfen hat uns die strenge EU-Gesetzgebung zur Luftreinhaltung.

**DIE EUROPÄISCHE UNION HILFT UNS.** | Die EU schützt die Lungen unserer Kinder besser als die jetzige Bundesregierung, besser als die Autoindustrie sowieso! Auch bei Klimaschutz, Glyphosatverbot, Energiewende, beim Schutz gefährdeter Arten oder beim Gewässerschutz spielt die EU eine entscheidende Rolle und wirkt bis in die Kommune. Viele städtische Projekte – etwa im Bereich der energetischen Sanierung oder der „Stadt am Fluss“ – werden durch die EU kofinanziert. Persönlich war es mir immer ein Anliegen, dass Stuttgart sich „bewusst“ noch europäischer ausrichtet. Durch unsere Städtefreundschaften z. B. mit Lodz in Polen, mit Brünn in Tschechien oder mit Straßburg auf der anderen Seite des Rheins werden Freundschaften und Kooperationen

*Kontrovers diskutiert (nur nicht im Bezirksbeirat Mitte – dort zum Ärger der Beirat\*innen gar nicht): Was halten Sie von dem vorweihnachtlichen Zauber der „Glanzlichter Stuttgart“ auf dem Schlossplatz?*



## EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,

■ bei Drucklegung dieses STADTBLATTS begann die UN-Klimakonferenz in Kattowitz. **DAS BEWUSSTSEIN FÜR DIE FOLGEN UNSERES LEBENSSTILS WÄCHST.** Weil wir die Belastungsgrenzen unseres Planeten überstrapazieren, treten wir Grünen seit Jahrzehnten für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen ein. Vor einigen Tagen besuchte uns der Vorsitzende der grünen mongolischen Partei, Olzod Boum-Yalagch. Im Gespräch hat der charismatische Politiker seine Sicht so formuliert: „Wir müssen uns weiter kennenlernen, denn wir Grünen sind die einzige Partei, die sich weltweit um unseren Planeten kümmert.“

Nicht zuletzt der **IMMENSE EINSATZ VON PLASTIK** macht unserem Planeten zu schaffen. Deswegen ist es keine Kleinigkeit, wenn wir zum Beispiel darauf drängen, dass auf den Märkten in der Stadt keine Plastiktüten mehr verwendet werden.

Dass wir jetzt um Europa bangen und mit Sorge auf die politischen Entwicklungen in manchen Nachbarländern schauen, muss uns weiter motivieren, uns für dieses Europa einzusetzen. Da freut es mich, dass mit Anna Deparnay-Grunenberg eine erfahrene Kollegin für Europa kandidiert. Neben vielem anderen, was sie erreicht hat: Anna war die treibende Kraft bei uns Grünen, dass das **HOTEL SILBER** nicht abgerissen wurde, sondern dieser lebendige Ort gegen Diskriminierung, Ausgrenzung und Hass gerade eröffnet werden konnte.

Wir wünschen eine frohe Weihnachtszeit und alles Gute für 2019.

*Andreas Winter*  
Andreas Winter

möglich, die die europäische Idee fest verankern. Mir war wichtig, dass die Stadt dem Netzwerk „Eurocities“ beigetreten ist: Bei dessen Sozialforum – dieses Jahr im Stuttgarter Rathaus – konnten z. B. schwedische Sozialplanerinnen, polnische Sozialarbeiter und Stuttgarter Integrationshelfer sich gegenseitig bereichern.

Erwähnenswert finde ich auch eine von uns angestoßene Kooperation zwischen der Stadt Stuttgart, dem Mutter-Kind-Verein und dem Land Baden-Württemberg. Sie hat die Gründung eines Roma-Mütterzentrums in Belgrad ermöglicht, in dem Mütter und Kinder heute Zuflucht finden.

**EUROPA IST EIN GROSSES LÄNDER-ÜBERGREIFENDES ABENTEUER. BEISPIEL GEMEINWOHL-ÖKONOMIE: DIE IDEE EXPANDIERT UND BEFRUCHTET SICH ÜBER ALLE GRENZEN HINWEG.** | Unser Einsatz für die Gemeinwohlorientierung der Wirtschaft ist ein europäisches Abenteuer. Das Konzept, das seinen Ursprung in einer Graswurzelbewegung in Österreich hat, zieht über Spanien, Niederlande und vor allem Süddeutschland weite Kreise. Die städtischen Eigenbetriebe ELW und SES gelten bereits als Vorbilder für diesen Ansatz einer ethischen Gesamtbilanzierung. Im Frühjahr wird die internationale Hauptversammlung der Gemeinwohlökonomie in Stuttgart stattfinden. Wir hoffen auf zahlreiche Impulse hinein in unsere Stadtgesellschaft!

Die öffentliche Hand hat enormen wirtschaftlichen Einfluss – auch die Stadt Stuttgart. Wir Grünen wollen, dass die Stadt bei ihrem Einkauf oder bei der Vergabe von Dienst-

leistungen auch ökologische und soziale Kriterien berücksichtigt. Diese Kriterien werden stark von der EU reguliert. Um die heutigen Spielräume bereits zu nutzen, scheint auch rechtliches Geschick in der Verwaltung nötig.

Uns Grünen ist es gelungen, durch einen Bieterdialog bei den Uniformen für die Stuttgarter Feuerwehr erstmalig ökologische Kriterien für die Textilien einzufordern. Bis sich aber in der gesamten Verwaltung etwas anderes als das „wirtschaftlichste“ Angebot durchsetzt, wird noch viel Zeit vergehen. Zu viel. Daher sollten die Gemeinwohlkriterien auf EU-Ebene als Leitlinien für die Vergabe dienen. Ein Beispiel: Die öffentliche Hand sollte das erklärte eigene Ziel, die Klimaerwärmung unter 1,5 Grad Celsius zu halten, nicht dadurch konterkarieren, dass sie billige Produkte kauft, die unnötig weit transportiert worden sind. Das ist heute überhaupt nicht kohärent.

**EUROPAWAHL: DEUTSCH-FRANZÖSISCHE KANDIDATIN** | Um auf EU-Ebene die Zukunft der Städte und der Mobilität – mit viel Herz für Radfahrer\*innen und Fußgänger\*innen – mitgestalten und an der ökologischen Transformation Europas mitwirken zu können, trete ich im Mai bei der Europawahl an. Ich habe in Stuttgart von der Kommunalpolitik viel gelernt. Mit Sinn für die Gemeinden Europas in der EU, die Kinder von morgen stets im Herzen, freue ich mich auf dieses gemeinsame Abenteuer mit Ihnen und Euch!

Anna Deparnay-Grunenberg

Anna für Europa. Foto: Gabriele Munk



# Menschenrechte beginnen vor unserer Haustüre ...

... und enden nicht mal dort. In Stuttgart ist die Kampagne „Vielfalt: 0711 für Menschenrechte“ angelaufen. Mehr als 240 Gruppen, Vereine und Initiativen machen bereits mit.

■ Der 10. Dezember ist der Tag der Menschenrechte. Am 10. Dezember 1948, vor 70 Jahren also, verkündete die Generalversammlung der Vereinten Nationen die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“. Nach nur einer Generation mit diesem Grundgesetz der internationalen Gemeinschaft scheinen die Werte und Forderungen der dreißig Artikel weltweit missachtet und in ihr Gegenteil verkehrt zu werden. Die Welt ist unsicherer und ungerichteter geworden.

**AUCH DAS „KOMMUNALE FUSSVOLK“ IST GEFRAGT! ZUM BEISPIEL WENN SICH NUR REICHE EINE WOHNUNG IN DER STADT LEISTEN KÖNNEN.** | Was können wir als kommunales Fußvolk der Zivilgesellschaft zur Wahrung der Menschenrechte beitragen? Dazu möchte ich Eleanor Roosevelt zitieren, die als Vorsitzende der UN-Menschenrechtskonvention die „Allgemeine Erklärung“ formulierte: *„Wo beginnen die universellen Menschenrechte? An den kleinen Orten, nahe dem eigenen Zuhause (...). Die Nachbarschaft, in der wir leben, die Schule oder Universität, die wir besuchen, die Fabrik, der Bauernhof oder das Büro, in dem wir arbeiten. Das sind die Orte, wo jeder Mann, jede Frau und jedes Kind gleiche Rechte, gleiche Chancen und gleiche Würde ohne Diskriminierung sucht. Wenn diese Rechte hier nicht gelten, gelten sie nirgendwo.“*

Bei der Verwirklichung der Menschenrechte vor der Haustüre spielen Bezirksbeiräte, Gemeinderäte und der Landtag eine bewusstseinsprägende Rolle.

■ Mehr zur Stuttgarter Menschenrechtskampagne samt dickem Veranstaltungskalender findet man im Internet unter [www.0711menschenrechte.de](http://www.0711menschenrechte.de). Die UN-Menschenrechtserklärung auf Englisch und Deutsch: [https://de.wikisource.org/wiki/Allgemeine Erklahrung der Menschenrechte](https://de.wikisource.org/wiki/Allgemeine_Erklärung_der_Menschenrechte)

Der Artikel 2 zum Beispiel verbietet Diskriminierung: Werden mobilitätseingeschränkte Menschen diskriminiert, wenn an der Paulinenbrucke *kein* Aufzug installiert wird? Wenn sich zwar die Reichen, nicht aber die Ärmeren in der Stadt Wohnungen leisten können? Wenn die Anwohner verkehrsreicher Straßen statistisch nachweisbar einem vielfach höheren Gesundheitsrisiko durch Immissionen und Lärm ausgesetzt sind? Oder wenn es in der Stadt für Kinder zu wenig Bewegungsräume gibt, wo sie spielen, klettern, balancieren können? Das sind Fragen, die man im Licht der Werte der Menschenrechtserklahrung diskutieren und interpretieren muss. Unsere Verfassung, die uns schützt, ist darauf begründet. Die Menschenrechte sind aber kein starres Gebilde. Wie das Zusammenleben müssen auch Menschenrechte immer wieder aufs Neue angemahnt, erarbeitet und auch erstritten werden. Von dieser Diskussion darf niemand ausgeschlossen werden.

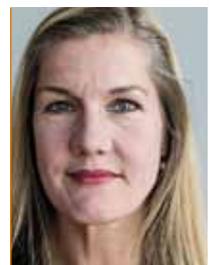
**ES IST MANCHMAL EINE GROSSE ANSTRENGUNG, BÜRGERBETEILIGUNG FÜR ALLE GERECHT UND NACHVOLLZIEHBAR ZU GESTALTEN.** | Ich denke da an die Debatte um die Benennung des kleinen Therese-Huber-Platzes im Gerberviertel, den einige Anwohner\*innen gerne anders benannt haben wollten. Oder an die seit 20 Jahren diskutierte Neugestaltung des Gedenkortes Joseph-Süß-Oppenheimer-Platz: Parken versus Gedenken. Das sind zwar nur lokal begrenzte Probleme, aber ganz gleich, was schlussendlich entschieden wird, eine demokratische Debatte und die Herstellung guter Nachbarschaften sind das Ziel gelebter Gemeinschaft. Die Menschenrechtserklahrung legt in ihrem Artikel 29 auch „Grundpflichten“ fest: *„Jeder Mensch hat Pflichten gegenüber der Gemeinschaft, in der allein die freie und volle Entwicklung seiner Persönlichkeit möglich ist.“*

**ES GEHT NICHT NUR UM GRUNDRECHTE, SONDERN AUCH UM GRUNDPFLICHTEN. UND DAZU GEHÖRT: ENGAGEMENT.** | Die Berufung in einen Bezirksbeirat oder ein Mandat für den Gemeinderat oder den Landtag sind gute Voraussetzungen, diesen Menschenpflichten nachzukommen. Genauso wie das Engagement in Vereinen und Initiativen, die denen helfen, die es brauchen können.

**0711 FÜR MENSCHENRECHTE** | Neben den teils dusternen Meldungen, die uns jeden Tag aus aller Welt erreichen, ist es hoffnungsvoll, dass sich in Stuttgart eine breite Menschenrechtskampagne von über 240 Einrichtungen und Initiativen zusammengefunden hat. Sie bietet eine Vielzahl von Veranstaltungen seit Mitte November bis zum Jahrestag am 10. Dezember zum Thema Menschenrechte an und will auch darüber hinaus bestehen bleiben. Neben Theatern, Sozialverbänden, Kirchen, Anstiftern und Stiftungen engagieren sich auch der OB, das Kulturamt und weitere städtische Einrichtungen. Karlsruhe wird die „Residenz des Rechts“ genannt. Stuttgart könnte sich auf den Weg machen, eine „Residenz der Menschenrechte“ zu werden.

Der Bezirksbeirat Mitte beteiligte sich mit Sant' Egidio und dem Staatsministerium an einer gemeinsamen Gedenkveranstaltung. Am 30. November erinnerten wir vor dem Hotel Silber an das Unrecht von Folter und Todesstrafe an vielen Orten der Welt. Wir wollen so die Artikel „Recht auf Leben und Freiheit“ und „Verbot der Folter“ der Menschenrechtserklahrung ins Licht rücken.

Veronika Kienzle,  
Bezirksvorsteherin  
Stuttgart-Mitte



## Von Europa hinein in unsere Städte

**Die soziale Stadt ist eine europaweite Herausforderung – der grüne Sozialbürgermeister Werner Wölfle will sie anpacken. Städte sind hier Pulsfühler und Impulsgeber, und mit Blick auf die sozialen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen spielt Stuttgart deutschlandweit eine Vorreiterrolle.**

■ Am 23. Oktober fand zum ersten Mal das Sozialforum (Social Affairs Forum, SAF) von Eurocities in Stuttgart statt, einem 1986 gegründeten europaweiten Netzwerk von größeren Städten. Der Fokus des SAF lag diesmal darauf, die „Europäische Säule sozialer Rechte“ lokal umzusetzen und die „Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 der Vereinten Nationen“, kurz: SDGs für Social Development Goals, vor Ort zu verankern. Auch die Stadt Stuttgart unterstützt die Mustererklärung des Deutschen Städtetags zur Agenda 2030 der Vereinten Nationen – der Gemeinderat hat dies im Mai 2018 mit großer Mehrheit beschlossen. Wir sind die erste Kommune in Deutschland, die eine Bestandsaufnahme zu Nachhaltigkeit auf Grundlage von SDG-Indikatoren durchführt, um darauf aufbauend unsere Maßnahmen noch wirkungsvoller zu gestalten. Der Grundsatz „think global, act local“ wird in Stuttgart gerade im Bereich sozialer Nachhaltigkeit bereits seit vielen Jahren umgesetzt.

**DAMIT DAS SELBSTVERSTÄNDLICHE SELBSTVERSTÄNDLICH BLEIBT.** | In Europa und erst recht in der EU waren die Ziele der sozialen Rechte bisher unwidersprochen und selbstverständlich. Wie das Ziel Nr. 3, Chancengleichheit: „dass unab-

hängig von Geschlecht, Rasse oder ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Orientierung jede Person das Recht auf Gleichbehandlung und Chancengleichheit im Hinblick auf Beschäftigung und sozialen Schutz, Bildung und den Zugang zu öffentlich verfügbaren Gütern und Dienstleistungen hat“.

Diese Selbstverständlichkeit ist nicht mehr. Abgrenzung und Ausgrenzung werden in Teilen gesellschaftsfähig.

**„DIE STARKEN MÜSSEN DEN SCHWACHEN HELFEN“ GILT AUCH FÜR VOLKSWIRTSCHAFTEN.** | Meetings wie das SAF müssen uns Städten gemeinsam Kraft und Argumente geben, dass uns nur ein starkes solidarisches Europa weiterhin Frieden und auch Wohlstand sichert. Dazu gehört, dass starke Volkswirtschaften schwächeren helfen. Bei den Europawahlen im nächsten Jahr können und müssen wir

zeigen, dass mit einem mutigen Bekenntnis zu einem starken Europa auch Wahlen gewonnen werden können. Wir haben viel erreicht und haben auch deshalb viel zu verteidigen. In unseren Städten wird Europa konkret, hier spüren wir am schnellsten gesellschaftliche Veränderungen. Dramatisch steigende Mieten sind zur Zeit in vielen Städten die größte Herausforderung. Wir brauchen EU-Programme wie den Europäischen Sozialfonds ESF, die uns erlauben, dort, wo die finanzielle Not am größten ist, gemeinsam zu reagieren und zu erkennen, welche Strategien zur Bekämpfung von Armut und für gesellschaftliche Inklusion, Teilhabe auf dem Arbeitsmarkt, bezahlbares Wohnen und gesundes Leben erfolgversprechend sind. Ich bin mir sicher, dass unsere Städte sozial nachhaltiger und sozial gerechter werden können. Die Europaabgeordneten und EU-Kommissionsmitglieder müssen spüren,



Werner Wölfle, hier bei einer Veranstaltung in Zuffenhausen. Foto: Bernd Volkert



Foto: Redaktion

dass wir Städte die Pulsfühler und die Impulsgeber sind: Wir sind am dichtesten dran, wir müssen den Takt vorgeben, wie ein sozial gerechtes Europa realisiert werden kann.

**STOLZ UND VORURTEIL? SOZIALHILFE HAT MIT WOHLTÄTIGKEIT REIN GAR NICHTS ZU TUN!** | Wir sind in Stuttgart stolz auf unser vielschichtiges Hilfesystem und die damit verbundene gesellschaftliche Integration von zugewanderten, aber auch schon lange bei uns beheimateten Menschen. Grundlage für eine soziale Stadt sind Angebote zur Teilhabe, da benachteiligte Menschen aller Altersgruppen, die aufgrund ihrer Herkunft bzw. aufgrund geringer materieller, gesundheitlicher, sozialer oder auch kultureller Ressourcen nicht oder nur sehr eingeschränkt am gesellschaftlichen und kulturellen Leben in der Stadtgesellschaft teilhaben können, häufig von Segregation und Isolation betroffen sind. Wie in jeder Großstadt gibt es auch bei uns trotz der sehr guten wirtschaftlichen Situation viele sozial Benachteiligte. In 2017 haben rund 62.000 Menschen in über 30.000 Haushalten staatliche Leistungen, einschließlich Bildungs- und Teilhabe-Leistungen, bezogen. Das heißt: Jede/r zehnte Stuttgarter/in ist auf staatliche Leistungen angewiesen. 33,8 Prozent aller Alleinerziehenden erhalten Leistungen nach SGB II, sie haben in Stuttgart das größte Armutsrisiko. Von den rund 94.500 Kindern in Stuttgart erhalten 14 Prozent der Kinder unter sechs Jahren

Sozialgeld. Bei den Sechs- bis unter 18-Jährigen sind es noch 11,1 Prozent. Dank guter wirtschaftlicher Lage, niedriger Arbeitslosigkeit und hohen Steuereinnahmen kann die Stadt mit der FamilienCard, dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) und der Bonuscard+Kultur im Sozialbereich und in der Jugendhilfe ein weit über die gesetzlichen Aufgaben hinausgehendes Angebot an freiwilligen sozialen Leistungen vorhalten. Rund 25 Prozent des städtischen Gesamtetats fließen in „Soziales“. Und das nicht aus Wohltätigkeit oder Barmherzigkeit, sondern als Menschenrecht. Vor 70 Jahren wurde die Menschenrechts-erklärung verabschiedet. Neben anderen Rechten hat jeder das Recht auf soziale Sicherheit, auf einen Lebensstandard, der seine Gesundheit und sein Wohl gewährleistet (einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen), sowie das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, im Alter und bei anderweitigem unverschuldeten Verlust seiner Unterhaltsmittel. Mütter und Kinder haben dabei Anspruch auf besondere Fürsorge und Unterstützung.

**ES GEHT VOR ALLEM DARUM, ZUSAMMENZUHALTEN.** | Den Stuttgarter\*innen geht es mehrheitlich gut. Aber gerade in einer von materiellem Reichtum und hoher Erwerbsbeteiligung geprägten Stadt ist es für diejenigen, die eher am Rand stehen, besonders schwer. Es ist Aufgabe kommunaler Sozialpolitik, sich aktiv

## ■ EINGEFÜHRT UND AUF DEN WEG GEBRACHT: DAS WALDGREMIUM

Im Sommer hatten wir zu einer Begehung auf der Waldebene Ost eingeladen. Mit Experten und Waldfreund\*innen versuchten wir auszuloten, wie die vielfältigen Anforderungen, die heute an den Wald gestellt werden, unter einen großen Förster-Hut gebracht werden können: Wie viel Forstwirtschaft, wie viel Naturschutz? Was wollen die nach Erholung suchenden Menschen, die Sporttreibenden, die Radfahrenden? Werden waldpädagogische Angebote gemacht, gibt es Naturerlebnispfade? Mittlerweile haben wir erreicht, dass künftig ein öffentlich tagendes „Waldgremium“ mit Vertreter\*innen vom Forst- und Umweltamt, von Naturschutzverbänden und Waldinitiativen sowie sachkundigen Bürger\*innen über die Zukunft des Stuttgarter Waldes entscheiden.

um diese Menschen zu kümmern. Es ist ein Wert an sich, wenn sich Politik und Gesellschaft konsequent für die Integration ausnahmslos aller engagieren. Das fördert den Zusammenhalt, der für den sozialen Frieden und die Lebensqualität einer Stadt so wichtig ist. Aber dieser Zusammenhalt muss verteidigt werden, nach außen und nach innen.

Zusammenhalt entsteht dort, wo man sich kennt. Wer sich kennt, redet mit- statt übereinander. Deshalb setzen wir auf den Ausbau der Familienzentren und Stadtteilhäuser zu generationenübergreifenden Treffpunkten in den Stadtquartieren und bauen die aufsuchende Ansprache und Beratung aus.

**GESPRÄCHSRUNDEN MIT BONUSCARD-INHABER\*INNEN** | Nicht die Migration ist die Mutter aller Probleme, wie der Bundesinnenminister einfältigerweise behauptet hat, sondern soziale Ungleichheit. Am 24. Mai 2019 findet die nächste Armutskonferenz statt. Dort wollen wir Vorschläge erarbeiten, die helfen sollen, die soziale Ungerechtigkeit zu mildern – zumindest dort, wo die Stadt helfen kann. Hierzu finden Anfang 2019 viele Gesprächsrunden mit Bonuscard-Inhaber\*innen statt. Denn sie wissen selbst am allerbesten, wo der Schuh drückt.

*Werner Wölfle, Bürgermeister für Soziales und Integration*

# Mit hocheffizienten Wärmekonzepten, Umsonst-T und einer Community der Überzeugten

Ein Interview mit dem Geschäftsführer der Stadtwerke Stuttgart darüber, wohin es gehen soll mit dem kommunalen Unternehmen, das seit 2011 die Energiezukunft in der Landeshauptstadt gestalten soll.

■ **DAS STADTBLATT:** Herr Kieser, seit 2013 hat Stuttgart wieder eigene Stadtwerke. Welche zentralen Geschäftsfelder bearbeiten sie?

**Olaf Kieser:** Wir haben vier Geschäftsfelder. Wir vertreiben erstens Ökostrom. Zweitens erzeugen wir Windenergie für rechnerisch 70.000 Haushalte mit unseren 31 Windanlagen an bundesweit sechs Standorten. Das dritte Geschäftsfeld, unsere sogenannten Urbanen Energiesysteme, haben wir vor zwei Jahren gegründet: Mit Photovoltaik(PV)-Anlagen, Speichern und Wärmelösungen wie Solarthermie oder Wärmepumpen sowie Lade-Infrastruktur für Elektrofahrzeuge bringen wir die Energiewende in die Stadt. Und ganz wichtig: das Netzgeschäft. Unsere Tochter, die Stuttgart Netze, ist für den zuverlässigen Betrieb des Strom- und Gasnetzes zuständig.

*Im Bereich der erneuerbaren Energien liegt ein großes Potenzial bei PV-Anlagen. In Stuttgart wird bis jetzt erst ein Prozent der möglichen Flächen genutzt. Was können die Stadtwerke machen, damit dieses Potenzial künftig besser ausgeschöpft wird?*

**O. K.:** Seit 2016 sind wir mit Photovoltaik am Markt. Bislang haben wir 189 Anlagen mit einer Gesamtleistung von rund 3.000 Kilowatt-Peak installiert. Unser Marktanteil in Stuttgart lag damit im vergangenen Jahr bei ca. 80 Prozent. Wir arbeiten daran, noch

mehr Stuttgarter\*innen von Solarenergie zu überzeugen. Unser Ziel ist es außerdem, möglichst viele Liegenschaften der Landeshauptstadt und der städtischen Betriebe mit Photovoltaik-Anlagen auszustatten. Alle Aufträge, die uns die Stadt gibt, können und werden wir erfüllen. Wir stehen bereit.

*Die Landeshauptstadt Stuttgart hat das Ziel, bis 2050 aus den fossilen Energieträgern auszusteigen und klimaneutral zu werden. Was sind die wichtigsten Aktivitäten der Stadtwerke, um die urbane Energiewende voranzubringen?*

**O. K.:** Gemeinsam mit der Stadt entwickeln die Stadtwerke hocheffiziente Wärmekonzepte für Quartiersprojekte wie das Olga-Areal. Dort bieten wir auch Photovoltaik an. Die Nachfrage nach Photovoltaik wird weiter steigen – es ist schließlich nicht nur ökologisch sinnvoll. Wer seinen eigenen Ökostrom auf dem Dach produziert, macht sich unabhängiger von schwankenden Strompreisen.

Die Elektromobilität wird der Energiewende ebenfalls einen Schub geben, denn ohne 100-prozentigen Ökostrom macht Elektromobilität keinen Sinn. Die Solarstromanlage auf dem Dach wird zur ökologischen „Umsonst-Tankstelle“. Die Stadtwerke bieten deshalb PV-Anlagen mit Speicher und Lade-Infrastruktur als Paket.

*Womit verdienen die Stadtwerke ihr Geld?*

**O. K.:** Der größte Anteil unserer Einnahmen kommen aus dem Netzgeschäft und den Windgesellschaften. Auch mit dem Ökostromvertrieb verdienen wir Geld. Die urbanen Energiesysteme sind derzeit im Aufbau.

*Wann beziehen alle Stuttgarter\*innen ihre Energie von den Stadtwerken Stuttgart?*

**O. K.:** Immer mehr Menschen wollen weg von Kohle- und Atomstrom. Beim zertifizierten Stadtwerke-Ökostrom können sie sicher sein, dass es keine Beteiligung zu Kohle- und Atomkraftwerksbetreibern gibt: Unser Ökostrom kommt aus modernsten Wasser- und Windkraftanlagen. Denn nur so ist sichergestellt, dass weiter in die ökologische Stromerzeugung investiert wird und Atom- und Kohlekraftwerke damit aus dem Angebotsmarkt verdrängt werden. Derzeit haben wir über 23.000 Ökostrom- und Erdgaskunden und mehrere hundert, die mit unserer Hilfe selbst grünen Strom erzeugen. Wir haben insofern eine wachsende Community der Überzeugten, die als Partner der Energiewende in Stuttgart uns dabei helfen, unsere Message nach draußen zu tragen.

*Mit „Stella“ haben die Stadtwerke ein attraktives Angebot zur E-Mobilität. Wie soll dieses ausgebaut werden und was machen die Stadtwerke für den Umstieg auf E-Mobilität?*

**O. K.:** Wir waren 2016 der erste Energieversorger mit einem solchen E-Roller-Sharing-Angebot. Wir haben mit diesem Pilotprojekt Pionierarbeit geleistet. Für die Stuttgarter ist Stella-Sharing ein niederschwelliges Angebot, Elektromobilität auszuprobieren und ihren Beitrag zur Mobilitäts- und Energiewende in ihrer Stadt zu leisten. Mit dem Ende dieser Saison haben wir die letzte Pilotphase abgeschlossen und werten unsere Erfahrungen nun aus.

# Her mit den Fahrradparkplätzen!

## ankstellen

Wie es weitergeht, verraten wir kurz vor Beginn der neuen Saison. Übrigens: Lade-Infrastruktur für Elektroautos bieten wir nicht nur für Unternehmen und Privatpersonen an. Auch für die Landeshauptstadt setzen wir diese bereits um, wie etwa in der Rathausgarage.

*Die Fragen stellten Silvia Fischer und Björn Peterhoff. Der Ingenieur Olaf Kieser ist seit April 2016 Technischer Geschäftsführer der Stadtwerke Stuttgart GmbH.*

■ Unsere Idee im Doppelhaushalt war, dass wir nicht nur die Radförderung mit mehr Geld und Personalstellen weiter ausbauen, sondern auch die Hürden für die Nutzung des Fahrrads senken. Wir haben hierzu Mittel für den Winterdienst, aber auch für Radabstellanlagen an Bahnstationen und in Wohngebieten bereitgestellt. Diesen Weg hat der Gemeinderat nun in der Stellungnahme zum Luftreinhalteplan bestätigt, und auch die Entwicklung des Radverkehrs zeigt: Der Weg ist richtig. Denn die Zahl der Radfahrenden nimmt immer mehr zu, und auch mehr und mehr Lastenräder und Pedelecs kommen im Stuttgarter Alltag vor.

Die Lastenradförderung des Landes für Unternehmen war ein voller Erfolg. Laut Verkehrsminister Winfried Hermann könnten es noch mehr sein – wenn es genügend Abstellplätze gäbe. Auch die städtische Lastenradförderung für Familien, bei der innerhalb eines Monats 300 Anträge eingingen, wird der Entwicklung einen weiteren Schub geben. Das alles zeigt: Die Stuttgarter\*innen wollen mitmachen bei der Verkehrswende.

Umso wichtiger ist es, unsere Idee für ein Pilotprojekt zu Fahrradgaragen in Wohngebieten schnell umzusetzen. Im Haushalt hatten wir dafür 400.000 Euro beantragt. Die Idee ist, dass vier Personen einer Straße zusammen eine Fahrradgarage für acht Fahrräder oder vier Lastenräder beantragen können, die dann auf der Fläche eines Parkplatzes aufgestellt wird.

### PILOTPROJEKTE JETZT STARTEN! |

Die bereitgestellten Mittel reichen für je zehn Radgaragen pro Innenstadtbezirk plus Bad Cannstatt. Nachdem wir von unserer Idee berichtet hatten, fanden sich innerhalb kurzer Zeit über 200 Interessierte und über 20 Gruppen, die sich zu einer Garage zusammengetan hatten. Der Bedarf ist da und nimmt weiter zu – Zeit also, das Projekt auf den Weg zu bringen.

Auch einfache Abstellflächen für Lastenräder sollten jetzt geschaffen werden. Etwa indem die Stadt in einem weiteren Pilotprojekt Parkplätze vor Läden oder an belebten Punkten so umgestaltet, dass je zwei, drei Poller Platz für Lastenräder bereithalten, die man dort auch anschließen kann.

*Björn Peterhoff*

*Olaf Kieser (rechts) mit Silvia Fischer und Björn Peterhoff. Björn und Silvia sitzen für die Grünen im insgesamt 15-köpfigen Aufsichtsrat der Stadtwerke Stuttgart. Foto: Redaktion*



# Sucht und Substitution: Konzept nötig

**Um im Kampf gegen Suchterkrankungen nennenswerte Fortschritte machen zu können, brauchen wir ein ganzheitliches und gesamtstädtisches Konzept. Das fängt bei der Ausbildung junger Ärzte zu Substitutionsmedizinern an und hört beim Ausbau von Behandlungs- und Beratungsangeboten nicht auf.**

■ Der Mangel an Ärzten und Plätzen zur Substitutionsbehandlung von suchtkranken Menschen ist ja bereits länger Thema, nicht nur in Stuttgart. In Karlsruhe hat sich, ausgelöst vor allem durch die Schließung von Praxen im Umland, eine offene Drogenzene herausgebildet. Daraufhin entzündete sich dort eine Debatte über die Einführung eines Konsumraums – jetzt kann der Karlsruher Konsumraum für Drogen möglicherweise 2019 starten. Die Städte Mannheim und Stuttgart überlegen ebenfalls in diese Richtung.

**KONSUMRÄUME JA, ABER DAS REICHT NICHT.** | Auch wenn es positiv zu werten ist, dass nun eine Landesverordnung in Arbeit ist, mit der ein solches Angebot künftig auch in Baden-Württemberg möglich wird, sind Konsumräume allein natürlich nicht die Lösung der vielfältigen Probleme in der Suchthilfe. Vor allem müssen ausreichend Plätze für Substitutionspatient\*innen und -willige geschaffen und auch Ärzt\*innen gefunden werden, sei es für die Behandlung mit Methadon, sei es für die mit Diamorphin. Derzeit gibt es rund 800 Substitutionsplätze in Stuttgart. Nötig wären aber über 1.000 – und das nur, um die bereits bestehenden Bedarfe der Stuttgarter\*innen abzudecken. Verschärft wird das Problem durch die Situation in der Region, wo ebenfalls Ärzt\*innen aufhören und Plätze wegfallen.

**SUBSTITUTIONSPRAXEN** | In Stuttgart wurde das Problem wieder besonders akut, als bekannt wurde, dass eine große Substitutionspraxis mit rund 250 Plätzen wegen der Kündigung des Mietvertrags vor der Schließung stand. Dies konnte nun abgewendet werden; ein neues Domizil ist gefunden, und die Zeit bis zur Neueröffnung kann überbrückt werden. Da hat geholfen, dass das Sozialamt und unser Bürgermeister Werner Wölfle schnell reagiert, vermittelt und zahlreiche Gespräche geführt haben. Dadurch konnten auch weitere Plätze bei substituierenden Ärzt\*innen möglich gemacht werden. Um das Problem der fehlenden Plätze auch regional in Angriff zu nehmen, hat das Land einen Runden Tisch mit den umgebenen Landkreisen und Kommunen einberufen.

Dennoch sind in Stuttgart weitere Schritte dringend nötig, um dem Platzmangel entgegenzuwirken. Das Klinikum will nun gezielt junge Ärzt\*innen zu Substitutionsmedizinern ausbilden. Das kann dann auch den umgebenden Kommunen zugute kommen. Weiter soll die Behandlung am Klinikum verstärkt in den Blick rücken. Das ist auch sinnvoll, um die Versorgungslücke, die ja nicht nur akut, sondern chronisch ist, dauerhaft zu schließen.

**PSYCHOSOZIALE BETREUUNG** | Zudem sind ja nicht nur die Versorgung mit dem nötigen Substitut, sondern vor allem auch die begleitende psychosoziale Betreuung und unterstützende Angebote von besonderer Bedeutung für die Patient\*innen. Dies möglichst am selben Standort anzubieten, kommt den Klient\*innen zugute. Aber auch eine vergleichsweise dezentrale Struktur mit Angeboten in den verschiedenen Stadtbezirken ist sinnvoll.

**IM ZENTRUM, ABER AUCH IN DEN STADTBEZIRKEN!** | Suchtberatungsstellen und besonders auch Substitutionspraxen sind soziale Einrichtungen, die in die städtische Landschaft gehören, die nicht außerhalb „auf dem Land“ untergebracht werden dürfen. Ziel der Suchthilfeplanung der Stadt ist ja, eine große offene Drogenzene in Stuttgart gar nicht erst entstehen zu lassen und die suchtkranken Menschen nicht der Straße zu überlassen. Ganz besonders wichtig ist das bei Patient\*innen mit Kindern. Dazu sind aber fundierte, gut erreichbare, an verschiedenen Orten des Stadtgebiets angesiedelte Behandlungs- und Beratungsangebote unumgänglich. So ist ein Suchtzentrum in Stuttgart-Süd geplant (siehe rechts).

Soziale Einrichtungen in verschiedenen Stadtbezirken und für unterschiedliche Bedarfsgruppen vorzusehen, ist ein wichtiger Teil verantwortungsvoller, sozialer und nachhaltiger Stadtplanung und -entwicklung. Das umfasst auch die bedarfsgerechte Begleitung von Menschen mit Suchtproblematiken.

Petra Rühle





Besichtigung der renovierten Hallen. Foto: Redaktion

■ **WAGENHALLEN SANIERT**

**Vor wenigen Wochen neu eröffnet: die alten Wagenhallen. 2003 von der DB erworben, wollte die Stadt die Hallen eigentlich plattmachen. Wir haben schon damals das enorme kulturelle und kreative Potenzial gesehen und uns mit vielen anderen für den Erhalt stark gemacht – ebenso wie im Jahr 2016 für die Sanierung. Mittlerweile sind die Wagenhallen eine feste Größe in der Kulturmétropole. Hoch gelobt wurde nach der Eröffnung, dass die Sanierung das Veranstaltungs- und Kulturzentrum auf ein neues qualitatives Level gehoben habe, ihr rauer Charme aber erhalten werden konnte. Darüber freuen wir uns.**

**SOZIALES II**

# Caritas plant Suchtzentrum – mit Bürgerbeteiligung

■ Die Caritas will mit ihrem Projekt „Miteinander im Süden“ neben mehreren Wohneinheiten auch ein Beratungszentrum Sucht schaffen. Das Vorhaben hat im Stadtbezirk Mitte Bedenken und Sorgen ausgelöst. Um in dieser Frage auch die Anwohner\*innen, die Bezirksbeirat\*innen und die Einrichtungen vor Ort einzubeziehen, unterstützen wir daher den Wunsch des Bezirksbeirats und die Pläne der Verwaltung, eine informelle, prozessbegleitende Bürgerbeteiligung durchzuführen, bei der über das Projekt, die Begleitmaßnahmen sowie die Sorgen und Bedenken im Quartier debattiert und über die Ausgestaltung beraten wird. So kann auch direkt auf konkrete Sorgen und Probleme eingegangen werden. Die Caritas als künftiger Träger hat sich bereits intensiv mit den kritischen Fragen und Anregungen aus dem Stadtquartier auseinandergesetzt und zur örtlichen Polizei, den umliegenden Schulen sowie zur Mobilen Jugendarbeit Kontakt aufgenommen.

**MITEINANDER: BEI DER PLANUNG UND BEIM BETRIEB** | Mit dem geplanten Zentrum kann künftig bedarfsorientierte und effektive Hilfe angeboten und die Ko-

operation von Sozialarbeit, Klientel und Medizin optimiert werden. Durch ein Café als Anlaufstelle für die Patient\*innen der Praxis sowie einen abgegrenzten Freibereich abseits der Straße, längere Öffnungszeiten und die so gewährleistete kontinuierliche Erreichbarkeit der Mitarbeiter\*innen, durch psychosoziale Betreuung, ein Angebot niederschwelliger arbeitsähnlicher Tätigkeiten sowie durch Beratungsangebote für Hilfesuchende kann ein umfassendes Angebot für Menschen mit Suchterkrankungen geschaffen werden. Gleichzeitig lassen sich hier aber auch Konflikte mit den Anwohner\*innen vermeiden.

**PLUS: WOHNRAUM** | Zudem kann bezahlbarer Wohnraum für Senior\*innen und für Familien entstehen. Auch dies ein wichtiger Baustein für die soziale Stadt Stuttgart. Der bislang untergenutzte Parkplatz und die Riegelbauten der Post können durch das Bauvorhaben positiv umgestaltet werden. Es bietet damit auch die Chance, das Gebiet städtebaulich aufzuwerten und zusätzlichen preiswerten Wohnraum zu schaffen.

Petra Rühle

**LANDESBANK**

# Jetzt auch noch die Nord-LB?

■ Bieterverfahren für den Einstieg bei der Nord-LB: Die Bank muss ihre Kapitaldecke stärken, um den Anforderungen der Bankenaufsicht nachzukommen, und zusätzlich leidet sie an einem hohen Anteil an faulen Schiffskrediten. Im Geschäftsjahr 2016 wurde ein Verlust von fast zwei Milliarden Euro ausgewiesen. Ein Eigentümer der LBBW, der Sparkassensektor, nimmt diese Situation nun zum Anlass, laut über einen Zusammenschluss der Landesbanken Hessen-Thüringen (Helaba), Nord-LB, LBBW sowie des Fondshauses Deka und des Immobilienfinanzierers Berlin Hyp nachzudenken. Dass der Sparkassensektor, der an den Landesbanken beteiligt ist – und damit sowohl an der Nord-LB als auch an der LBBW –, die Beteiligung einer Landesbank anstelle eines privaten Investors bevorzugt und darin auch die Chance sieht, die eigene Institutslandschaft zusammenzufassen, ist logisch.

**„MIR KAUFET NIX!“** | Aber auch die Stadt Stuttgart ist Eigentümerin der LBBW. Für Stuttgarter sind die Vorgänge um die Nord-LB ein beinahe vertrautes Szenario, musste doch die LBBW in der Finanzkrise mit rund 965 Millionen Euro an städtischem Geld durch die Umwandlung einer stillen Einlage der Stadt in Kernkapital und der Immunisierung „vergifteter Papiere“ gestützt werden. Durch diese Rettungsmaßnahmen und zusätzlich durch die Übernahme der Rheinland-Pfalz- und der Sachsen-LB hat der Stuttgarter Gemeinderat seinen Beitrag zur Konsolidierung des Landesbankensektors erbracht.

Das städtische Interesse an der LBBW richtet sich darauf, unseren Einwohner\*innen eine Bank mit Sparkassenfunktion anzubieten, Stuttgarter Großunternehmen und generell der Wirtschaft aus Stadt und Land eine lokal verankerte Geschäftsbank zur Seite zu stellen, gute Arbeitsplätze in der Stadt zu haben und abzusichern. Es ist weder in unserem Interesse, ihr weiteres Eigenkapital zur Verfügung zu stellen, noch weitere Übernahmerisiken einzugehen. Daher: „Mir kauft nix!“

Andrea Münch



# Wir brauchen naturnahe Erlebnispädagogik!

**Unsere Jugendfarmen und Aktivspielplätze sind gefragt wie nie. Solche pädagogischen Erlebnisräume sollte die Stadt besser unterstützen – auch um die vielen Ehrenamtlichen zu entlasten. Erfahrungen eines Pädagogen.**

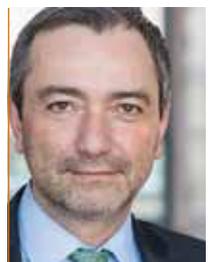
■ Jeder Mensch kennt Orte, die ihn sehr geprägt haben. Ein solcher Ort ist für mich der Aki Raitelsberg. Prägend deshalb, weil ich dort als junger Referendar mit meiner damaligen Schulklasse, einer neunten Klasse der Berger Schule, mein Abschlussprojekt für mein Staatsexamen durchgeführt habe. Wir haben gemeinsam zwei große Holzhütten gebaut, die den Jugendlichen, die aus dem Stuttgarter Osten stammten, als Aufenthalts- und Rückzugsraum dienen. Sie haben sich total ins Zeug gelegt, um mit

und in der Natur und ermöglichen auch den Umgang mit Tieren. Aber – und das ist besonders wichtig – auch freies Spielen auf unbefestigtem Gelände findet hier statt. Klar ist: Jugendfarmen und Aktivspielplätze sind heute gefragter denn je! Auch wenn es jetzt mehr Ganztagsbetreuung an Schulen gibt, erfreut sich diese spezielle Form der „Platzpädagogik“ großer Beliebtheit. Längst wurden die Konzepte der offenen Kinder- und Jugendarbeit angepasst und so entstanden sehr viele Kooperationen mit Schulen und Kitas. Diese Entwicklung zeigt den hohen Stellenwert und die Wertschätzung, die die Arbeit auf den Plätzen erfährt.

**NATUR ERFAHREN, ETWAS SELBERMACHEN – DAS IST WICHTIGER DENN JE. GUTES FACHPERSONAL AUCH.** Gerade für uns Grünen ist diese Form der Pädagogik besonders wichtig, weil sie den Kindern eine natürliche Spielumgebung bietet. Kreativität, handwerkliche Fähigkeiten, soziale Kompetenzen, Verantwortungsbewusstsein, Eigenständigkeit und letztendlich Selbstbewusstsein werden gestärkt.

Klar ist aber auch, dass es den Jugendfarmen zwar nicht an Publikum und Wertschätzung fehlt, man aber darauf achten muss, ob diese Einrichtungen genug Unterstützung durch die Stadt bekommen. Es handelt sich in der Regel um kleinere Vereine oder Träger. Diese Vielfalt ist schön, aber meistens ist die Arbeit nur mit viel ehrenamtlichem Engagement zu bewältigen. Wenn man diese wertvollen pädagogischen Orte auch in der Zukunft erhalten will, muss man vor allem den Blick auf die Ausstattung mit Fachpersonal legen. Es ist ein Schritt in die richtige Richtung, dass das Jugendamt in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe mit den Trägern die Situation analysiert. Wir Grünen werden diesen Prozess eng begleiten und unterstützen. Denn: Jugendfarmen und Aktivspielplätze sind ein unersetzlicher Teil einer grünen Stadt Stuttgart.

Vittorio Lazaridis



den vom Aki – kurz für Aktivspielplatz – zur Verfügung gestellten Materialien „ihre Häuser“ zu bauen. Wir haben zwei Wochen gearbeitet, gestritten, gelitten, waren bei jedem Wetter zugange und haben unser Werk gemeinsam vollendet. Die Schüler\*innen konnten praktisches und theoretisches Wissen verbinden, aber entscheidend war das Erlebnis, etwas selbst geschaffen zu haben. Der Aki war und ist der Ort, an dem diese unmittelbare Art der Pädagogik ihren Platz hat. Übrigens schon damals in Kooperation mit einer Schule, also lange bevor es gesetzliche Ganztagschulen oder Schülerhäuser gab.

Damals wie heute sind sowohl unsere Aktivspielplätze wie auch die Jugendfarmen wichtige pädagogische Erlebnisräume für unsere Kinder- und Jugendlichen in Stuttgart. Sie sind grüne Oasen in unserer Stadt, ermöglichen unmittelbare Erfahrungen mit

Foto: Redaktion





Treffpunkt, ziemlich eingeschnürt. Foto: Redaktion

## Filderstudie lässt Böses ahnen

Der Verband Region Stuttgart hat eine Studie übers Fildergebiet erstellen lassen. Darin wird deutlich: Auf den Fildern steht das nächste Debakel schon vor der Tür. Denn die sog. „Verkehrsdrehscheibe“ Flughafen–Autobahn–B 27–ICE–S- und U-Bahn erhöht den Druck auf Grünflächen. Für die Wirtschaft sei das ein Premiumgebiet, hier könne man Geld verdienen. Von der Landwirtschaft und den hervorragenden Filderböden, den Erholungsbereichen und dem Klima ist kaum die Rede.

Flächenfraß? Ach nein, wo denken wir hin – es soll doch lediglich im 1000-Meter-Radius um die Verkehrsdrehscheibe Flughafen ein Gebiet von 40 bis 50 Hektar überbaut werden. Ausgleich könnten ja Grünbrücken über die Autobahn oder die B 27 schaffen, und Kaltluftschneisen sollen (oh, wie großzügig) für Stuttgart erhalten bleiben. – Ein schlechter Witz!

Ohne Kaltluftentstehungsgebiete benötigt man auch keine Alibi-Schneisen mehr, und Grünbrücken über vielbefahrene Straßen mit all ihren Emissionen sind ein Trostpflaster und ökologischer Ablasshandel.

**STILLHALTEN BIS NACH DER WAHL? IM GEGENTEIL. JETZT GILT ES, BESTE BÖDEN ZU BEWAHREN!** | Es gibt die Empfehlung, dies alles erst nach der Kommunalwahl in den Gemeinden zu beraten. Nicht mit uns! Wir wollen, dass die Bürger\*innen erfahren, was auf sie zukommen soll. Internationale Synergien könnten rund um den Flughafen entstehen – heißt es. Da hört man doch schon den Schrei nach der nächsten Start- und Landebahn, der Beginn einer Abwärtsspirale für unseren (noch) liebens- und lebenswerten Filderraum. Wie wollen wir in Zukunft leben? Die Schutzgemeinschaft Filder sammelt bis Ende Dezember Unterschriften für ihre Aktion „Beste Böden bewahren“, mit der sie unter anderem ein verbindliches Landesbodenschutzgesetz und Bodenschutzgebiete fordert.

Beate Schiener

Unterschriftenlisten sind im Internet zu finden unter [www.schutzgemeinschaft-filder.de](http://www.schutzgemeinschaft-filder.de).



### VHS

## Freie Entfaltung für unsere Volkshochschule!

Ein Fitnessprogramm für die vhs, Stuttgarts erste Adresse für Lernen und Begegnung.

Die vhs agiert seit Langem in einem engen Korsett. Sie hat großen Zulauf, ihre Kurse und Veranstaltungen erfahren viel Zuspruch, aber sie lebt in beengten Verhältnissen, muss Außenstellen und Interimsunterbringungen verkraften.

**MODERNE TECHNIK FÜR DEN „TREFFPUNKT“, NEUER STANDORT IM NECKAR-PARK** | Der Treffpunkt Rotebühlplatz hat letztes Jahr sein 25-jähriges Jubiläum gefeiert. „Es gibt kaum ein anderes Gebäude in der Stadt, in dem alle Bürger\*innen unabhängig von Alter, Herkunft, ethnischer Zugehörigkeit oder individueller Vorbildung unter einem Dach zusammenfinden, um zu lernen“, erklärte die Leiterin Dagmar Mikasch-Köthner beim Festakt. Aufgrund intensivster Nutzung mit rund 3.000 Bildungshungrigen pro Tag sei der Treffpunkt nun aber etwas „in die Jahre gekommen“. Es ist wichtig, dass er wieder zu dem Ort und zum ersten Anlaufpunkt für „Lernen, Bildung, Kultur und Begegnung“ gemacht wird, als den ihn die Stadt damals geplant hat. Damit das gelingt, muss der technische Ausstattungsstandard dringend einer zeitgemäßen Erwachsenenbildung angepasst werden.

Dazu kommt, dass der Treffpunkt am Standort Mitte ziemlich eingeschnürt ist: mehr Platz ist vonnöten. Zusammen mit den beiden beruflichen Schulen, Max-Eyth- und Robert-Mayer-Schule, sollte deshalb bald eine bauliche Erweiterung auf der Fläche des Parkhauses in der direkten Nachbarschaft angegangen werden.

Sehr gut ist, dass der Projektbeschluss für das Bildungshaus Neckarpark bevorsteht und die vhs dann darin ihren Platz als Bildungszentrum für Bad Cannstatt und die Neckarvororte haben wird, zusammen mit einer Ganztagesgrundschule, einer Kita und einer Sporthalle. Damit sind übergreifende Aktivitäten möglich – und die vhs wird zur wichtigen Anlaufstelle für den neuen Stadtteil und darüber hinaus.

Das sind die größten Brocken. In anderen Stadtbezirken stehen ebenfalls Modernisierungen an. Wir sagen: Eine moderne Großstadt braucht eine attraktive, auch personell gut ausgestattete Volkshochschule in kommunaler Trägerschaft, deren Angebote eine hohe Strahlkraft haben und die damit die unterschiedlichsten Menschen mit ihren vielfältigsten Interessen erreicht. Dafür muss sich die vhs einer Fitnesskur unterziehen. Wir kümmern uns darum.

Silvia Fischer

# Die Ziele des BOKS beachten!

■ **ALLES ANDERE IST UNVERANTWORTLICH, DENN:** | Böden sind eine nicht vermehrbare Ressource mit lebenswichtigen Funktionen für die Lebensmittel-, Faser- und Brennstoffproduktion, sie sind Trinkwasserfilter und -speicher und können Schadstoffe abbauen. Zudem halten unversiegelte Flächen unsere Stadt kühl und sind schlichtweg wertvoller *Lebensraum* für Mensch und Tier.

Stuttgart hat als eine der ersten Großstädte beschlossen, hochwertige Böden zu sichern. 2006 wurde mit dem Bodenschutzkonzept Stuttgart BOKS eine Steuerungsmöglichkeit über Bodenindexpunkte eingeführt. Seitdem wird dem Gemeinderat alle zwei Jahre eine Bilanz zum Bodenverbrauch vorgelegt.

**BEIM BILANZIEREN IST STUTTGART VORREITER. INDEXPUNKTE ZEIGEN, WO WIR BODEN VERBRAUCHEN.** | Im letzten Bilanzzeitraum 2015 bis 2017 wurde die Konsequenz von Bodeninanspruchnahmen im Außenbereich deutlich: Sie verursachen bei einem Flächenanteil von 46 Prozent 96 Prozent der Bodenverluste. Umgekehrt zeigen sich die Vorteile der Innenentwicklung: Auf sie entfallen trotz 54 Prozent Flächenanteil lediglich vier Prozent der Bodenverluste. Überdurchschnittlich stark gingen die Indexpunkte zurück aufgrund der Planfeststellung im Abschnitt 1.3 a

zu Stuttgart 21 und der Planfeststellung für die Stadtbahnlinie U6. Im nächsten Berichtszeitraum werden zusätzliche Verluste für den neuen Stadtbahnbetriebshof der SSB in Weilimdorf zu verzeichnen sein.

Nicht hinzunehmen ist, dass die Bebauung von Ackerflächen geprüft werden soll, obwohl im Innenbereich ausgewiesene Flächen mit Baurecht vorhanden sind (so zum Beispiel in Sillenbuch-Heumaden). Dies wäre eine massive Kollision mit den Nachhaltigkeitszielen des BOKS.

**GEMÄSS BOKS SIND UNSERE ÄCKER TABU!** | Auch die Bundesregierung hat sich im Rahmen der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie das Ziel gesetzt, bis 2020 die Neuinanspruchnahme von Flächen für Siedlungen und Verkehr auf 30 Hektar pro Tag zu verringern.

Hierzu schreibt das Umweltbundesamt: „Insgesamt sind die Inanspruchnahme immer neuer Flächen und die Zerstörung von Böden auf die Dauer nicht vertretbar und sollten beendet werden. Angesichts global begrenzter Landwirtschaftsflächen und fruchtbarer Böden sowie der wachsenden Weltbevölkerung ist der anhaltende Flächenverbrauch mit all seinen negativen Folgen unverantwortlich. Dies gilt auch und besonders mit Rücksicht auf künftige Generationen.“

*Beate Schiener*

*Foto: Martin Sammet*

## ■ KOMMUNALWAHL 2019: DIE GRÜNEN SIND MIT EINEM GUT GEMISCHTEN TEAM AM START

Die Stuttgarter Grünen haben ihre Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahl 2019 gewählt. Natürlich konsequent quotiert: Auf jedem ungeraden Listenplatz tritt eine Frau an. Und mit einer guten Mischung zwischen erfahrenen Stadträt\*innen und den Newcomern. Die Liste steht auf der Internetseite des Kreisverbands: [www.gruene-stuttgart.de/komunalwahl](http://www.gruene-stuttgart.de/komunalwahl).





Stuttgarts Bauern unter Druck: Auf ihren Äckern will ein Teil des Gemeinderats Wohnungen bauen lassen. Foto: Redaktion

## FREIRAUM

# „Innen vor Außen“ gilt!

■ Vor zehn Jahren kam ich über eine Bürgerinitiative zu den Grünen, um unsere Felder vor Bebauung zu schützen. Viel wurde in der Zwischenzeit getan, um dieses Ziel zu erreichen, doch gibt es derzeit wieder massive Begehrlichkeiten: Mit einer unglaublichen Gier und Energie greifen andere Fraktionen auf unsere landwirtschaftlichen Flächen zu! Ohne nachzudenken, abzuwägen oder irgendwelche Kriterien zu überlegen, wird über Stuttgarts Außenflächen „gegoogelt“. Der Gemeinderatsbeschluss „Innen vor Außen“ gilt nach wie vor – doch einige Stadtratskollegen von CDU, SPD und Freien Wählern denken wohl: „Was schert mich mein Geschwätz von gestern?“

**WOHNUNGEN IM AUSSENBEREICH SIND SCHNELLER GEBAUT? EIN IRRGLAUBE.** | Obwohl wir über unsere Zeitstufenliste ein Wohnungsbaupotenzial von 25.000 Wohnungen im Innenbereich nachweisen, wird die Verwaltung von ihrer eigentlichen Arbeit abgehalten und soll Flächen im Außenbereich suchen, die möglicherweise eines Tages bebaut werden können. Obige Ratskollegen überbieten sich geradezu, Flächen mit höchster Bodengüte zur Versiegelung vorzuschlagen; etwa auf den Fildern. Sie hängen wieder einmal dem Irrglauben an, so schneller bauen zu können, obwohl weder Bebauungs- noch Flächennutzungspläne eine Wohnbebauung vorsehen und auch keine Infrastruktur – z. B. Ver- und Entsorgungsleitungen – vorhanden ist. Und Planverfahren sind langwierig!

Unfassbar ist, dass auch landwirtschaftliche Flächen darunter sind, die nach Demeter-Richtlinien bewirtschaftet sind und auf denen Lebensmittel erzeugt werden, die über den regionalen Naturkosthandel im Raum Stuttgart vermarktet werden. „Eine weitere Reduzierung dieses wertvollen Ackerlandes durch eine Bebauung bedeutet für uns eine existenzielle Bedrohung unseres Betriebs“, so die Stellungnahme des Landwirts. Wir Grünen werden alles unternehmen, damit dies nicht passiert.

Beate Schiener

## WOHNRAUM

# Bauen auf Konversionsflächen statt auf der grünen Wiese

■ **ACKERFLÄCHE, WALD, WEINBERG? WOHNUNGSBAU NICHT IRGENDWO!** | Stuttgart ist nicht wie andere Städte. Kein platter Pfannkuchen, bei dem man Ring um Ring um den Siedlungsbestand legen kann. Das macht München. Und das macht München noch attraktiver. Ergebnis: Es gibt zu wenig Wohnungen, die Mieten steigen stärker als in Stuttgart. Unsere Stadt hat Täler und Hügel und besteht zur Hälfte aus Wald, Wiesen, Weinbergen und Äckern. Immerhin noch 100 landwirtschaftliche Vollerwerbsbetriebe weist die Statistik aus. Alle zusammen bewirtschaften eine Fläche von 2.500 Hektar, darunter mit 200 Hektar acht Bio-Bauern. Ja, der Wohnungsbau ist uns wichtig, aber die andere Hälfte der Stadt auch, denn sie erfüllt wichtige Funktionen im gesamten Ökosystem, das ist unverzichtbar. Die lokale Lebensmittelversorgung erachten wir für uns Großstädter\*innen ebenfalls als hohes Gut. Vor Jahren hat der Gemeinderat einen weisen Beschluss gefasst: Wegen der frei werdenden Bahnflächen im Stadtzentrum sollen die Außenflächen vor Bebauung geschützt bleiben. Das ist nun Schnee von gestern und die „neueste Idee“ der alten Pro-Stuttgart-21-Mehrheit ein uralter Hut: Das Bauen auf Grünflächen am Stadtrand soll gegen die Wohnungsnot helfen.

So sollen in Mühlhausen auf den Äckern vom Schafhaus 400 Wohneinheiten zusammenkommen. Auf das Feld der Schwellenacker wollen sie eine Schule verlagern, obwohl das einen Bio-Landwirt in seiner Existenz gefährdet und obwohl eine alternative Fläche mit Baurecht für eine Schule zur Verfügung steht. Reine Machtspielchen sind das. Dabei ist für Zuziehende gerade die schnelle Erreichbarkeit der Naherholungsflächen ein wichtiger Faktor.

**VERSIEGELTE FLÄCHEN NUTZEN IST INNOVATIV, ZUKUNFTSGERICHTET, GRÜN.** | Wir geben alles, damit die Innenentwicklung weiterhin in Fahrt bleibt. Waren es doch wir Grünen, die gezogen und gedrückt haben, dass im Konversionsgebiet Neckarpark nun überhaupt 850 Wohnungen entstehen können statt gar keine oder nur 400, wie lange vorgesehen. Auf dem Eiermann-Areal in Vaihingen kann endlich mit 1.400 neuen Wohnungen gerechnet werden. Auch die mussten wir hart erkämpfen. An die 5.500 Wohnungen sind zurzeit im Bau oder werden in den nächsten drei Jahren gebaut, auf versiegelten Flächen. Das ist die Konversion, die wir meinen, das ist innovativ und zukunftsgerichtet in unserer modernen Stadt. Das ist Grün.

Silvia Fischer



## VERKEHR I

# Weitere Maßnahmen für saubere Luft!

**Der Entwurf zum Luftreinhalteplan des Landes liegt vor. Die Richtung stimmt, aber für die Landeshauptstadt fordern wir Grünen, noch mehr zu tun.**

■ Der Entwurf des Landes stellt die richtigen Weichen, um die Luft in Stuttgart dauerhaft sauberer zu machen. Mit zusätzlichen Maßnahmen wie der Zusammenlegung der beiden Tarifzonen, die unseren Nahverkehr im bundesweiten Vergleich auf einen Schlag deutlich günstiger macht, aber auch mit dem Ausbau neuer Expressbuslinien und zusätzlichen Angeboten wie SSB-Flex, dem RegioRad Stuttgart und weiteren Carsharing-Stationen steigt die Landeshauptstadt konsequent in die Verkehrswende ein.

**AUCH WEGEN MERKEL: FAHRVERBOT IST ALTERNATIVLOS.** | Allen Anstrengungen zum Trotz sind Fahrbeschränkungen für Euro-4-Diesel ab dem 1. Januar 2019 nicht mehr zu vermeiden, da seitens der Emissionserzeuger und der Bundesregierung zu wenig getan worden ist. Statt aus dem Diesel-Skandal vor drei Jahren zu lernen und die Fahrzeuge, die im Realbetrieb mehr Schadstoffe ausstoßen als erlaubt sind, nachrüsten zu lassen, war der Bund viel zu lange untätig. Weder die sofort wirksamen Software-Nachrüstungen hat man von den Herstellern eingefordert, noch wurde der gesetzliche Rahmen geschaffen, um die Euro-5-Flotte durch Hardware-Nachrüstungen deutlich sauberer zu machen. Unser Appell ist klar: Nachdem die Euro-4-Diesel nun als Folge der Untätigkeit nicht mehr gerettet werden können, muss der Bund jetzt Lösungen für Euro-5-Fahrzeuge liefern. Denn nur noch so lassen sich Fahrbeschränkungen für die Besitzer von Euro-5-Fahrzeugen vermeiden.



Feinstaubfiltern am Neckartor. Foto: Redaktion

Aber auch das Land kann mehr tun, um die Emissionen schnell zu senken. Wir sind daher froh, dass unser Antrag mit weiteren Maßnahmen für die Luftreinhaltung in vielen Punkten erfolgreich war und die Stadt in ihrer Stellungnahme nun weitere Maßnahmen einfordert.

**NAHVERKEHRSABGABE HER, TEMPO RAUS!** | Auf unsere Initiative hin fordert der Gemeinderat vom Land, dass es die rechtlichen Voraussetzungen für die Einführung einer Nahverkehrsabgabe schafft, die die Stickoxidbelastung um bis zu 26 Prozent senken könnte. Mit einer solchen Abgabe, die alle, die in Stuttgart per Bahn oder Kraftfahrzeug unterwegs sind, bezahlen würden, könnten die Kosten für ein VVS-Jahresticket auf 365 Euro gesenkt werden. Gleichzeitig würde man die Finanzierung des Nahverkehrs auf solidere Beine stellen, und man hätte weitere Mittel zum Ausbau des Nahverkehrs. Zudem fordern wir, die Höchstgeschwindigkeit auf den Bundesstraßen auf 60 km/h zu

senken. Das ist eine leicht umzusetzende Maßnahme, die ohne große Einschränkungen die Stickoxidemissionen um weitere 17 Prozent reduzieren kann. Auch konnten wir durchsetzen, dass das Parkraummanagement nochmals ausgeweitet wird, was in Verbindung mit einer Anpassung von Parkgebühren weitere 30 Prozent Reduktion möglich machen würde.

**MEHR FÜRS FAHRRAD, NEIN ZU AUTO-TRASSEN** | Neben den Hauptmaßnahmen konnten wir durchsetzen, dass Tempo 40 auch in Außenbezirken geprüft werden soll. Die Hürden für die Fahrradnutzung werden weiter gesenkt, indem der Winterdienst auf allen Hauptradrouten umgesetzt und der Radverkehr nochmals mit deutlich mehr Mitteln insbesondere für den Bau von Radabstellanlagen ausgestattet wird. Auch zu Straßenbauprojekten hat sich der Gemeinderat klar positioniert: Dem Nordost-ring wurde in der Stellungnahme zum Luftreinhalteplan eine klare Absage erteilt.

Björn Peterhoff

## Die Maßstäbe einer Stadt

■ Uns Grünen ist die Baukultur in unserer Stadt sehr wichtig. Die musste in den letzten Jahren zu viele städtebauliche und architektonische Missentwicklungen einstecken. Zu viel Abriss, fragliche Neubaukonzeptionen, das Gesicht Stuttgarts verändert sich zu stark nach Investorendiktat. Viele Mitbürger\*innen haben uns gegenüber ihre Sorge zum Ausdruck gebracht, dass die Maßstäblichkeit der Stadt verloren geht.

**GESTALTUNGSBEIRAT: GEWINN FÜR STUTTGART** | Deshalb hatten wir den Antrag gestellt, einen Gestaltungsbeirat zu installieren. Das haben wir erreicht. Wichtig war uns, den Städtebauausschuss als etabliertes Gremium, das sich mit den übergeordneten städtebaulichen Themen befasst, trotzdem beizubehalten. Auch das haben wir erreicht. Der Gestaltungsbeirat hat inzwischen acht Mal getagt und ist innerhalb kürzester Zeit eine wichtige, von den hier tätigen Planenden geschätzte, sehr respektierte Stimme für die Baukultur in Stuttgart geworden. Das liegt natürlich auch an der super Besetzung des Gremiums. Das Verfahren erleichtert der Bauverwaltung, kritisch gesehene Projekte auf den Prüfstand zu stellen. Architekturbüros und Investor\*innen, die das „Go“ des Gestaltungsbeirats für ihr Projekt erhalten, können dies als Prädikat verbuchen. Planende, die das nicht auf Anhieb schaffen, erhalten wertvolle konzeptionelle oder architektonische Hinweise und die Gelegenheit, die Überarbeitung nochmals zu präsentieren. Baukultur tut Stuttgart gut – dafür treten wir ein.

Gabriele Munk



■ **WINNE HERMANN'S BUNTE KUTSCHEN** Im November konnte man auf dem (zu diesem Anlass autofreien!) Innenhof des Neuen Schlosses Lastenräder aus ganz Baden-Württemberg in ihrer Vielfalt und Pracht bewundern. Die Räder des Staatstheaters, der Critical Mass und der Initiative Radentscheid, die Vaihinger Bürgerkscha, Räder von Sanitätern, Gärtnern und und und, alle vom Verkehrsministerium gefördert.

Foto: Petra Rühle

## Es geht voran beim Radverkehr!

Mit Lastenfahrradprogramm und Radgaragen nimmt das Fahrrad Fahrt auf.

■ Das Geld ist da. Wir können jedes Jahr fünf Millionen Euro für Radrouten, Radabstellanlagen, für Lastenräder und Radgaragen ausgeben. Wir haben mehr Stellen im Stadtplanungsamt und beim Tiefbauamt für die Umsetzung. Das ist so neu für Stuttgart, dass es mit der Radwegplanung und dem konkreten Ausbau noch nicht so schnell vorangeht, wie wir Radfahrenden es vielleicht wünschen. Übrigens nützt der Ausbau der Radinfrastruktur allen Verkehrsteilnehmer\*innen. Fußgänger\*innen werden nicht mehr von Radfahrenden auf Gehwegen gestresst und Autofahrende hängen nicht hinter Fahrrädern, die auf der Fahrbahn fahren, weil es keinen Radweg gibt.

**AUTO-ALTERNATIVE LASTENRAD** | Sehr erfolgreich ist unser Programm, mit dem wir Familien unterstützen, die sich ein Lastenrad anschaffen wollen. Gleich beim Start im Oktober waren die 250.000 Euro restlos ausgeschöpft. Es meldeten sich 300 Interessent\*innen, viel mehr als erwartet. Der Gemeinderat beschloss, dass nun alle gefördert werden: 2.000 Euro Zuschuss beim Kauf, wenn man kein Auto hat oder eins abschafft. Das gilt auch für 2019.

**NEULAND RADGARAGE** | Außerdem haben wir uns ein Verfahren überlegt, wie man in dicht besiedelten Wohngebieten die Anschaffung von Rädern, vor allem Pedelects, unterstützen kann. Pedelects kann man nicht in den Keller tragen, aber man traut sich nicht, sie vor dem Haus an einen Laternenpfahl anzuschließen. Wenn sich vier Parteien zusammenschließen, die acht Räder unterbringen wollen, dann möchten wir eine sichere Fahrradgarage auf einen Parkplatz stellen. Auch hier ist das Interesse riesig. Aber die Stadtverwaltung muss zusammen mit der Politik und den Interessierten noch ein Verfahren entwickeln, wie die Fahrradgaragen vergeben werden können, wer für sie verantwortlich ist und nicht zuletzt: wie sie aussehen. Sie sollen nämlich den Straßenraum verschönern, nicht verschandeln.

Wir sind also mittendrin in der Verkehrswende, auch dank des enormen Interesses von Radfahrenden an Abstellanlagen und an bequemen Fahrradrouten. Und wir bleiben dran.

Christine Lehmann





Foto: Heider Younas

## IN AKTION

# Alles Müll oder was? Gemeinsame Sammelaktion auf der Königstraße

**Zusammen etwas bewirken: Grüne Jugend Stuttgart bei der Charity Week. „Unser Planet ist unser Zuhause, unser einziges Zuhause. Wo sollen wir denn hingehen, wenn wir ihn zerstören?“**

■ Wer Mitte Oktober an einem Samstagnachmittag zwischen 14 und 16 Uhr über die Königstraße schlenderte, wurde Zeuge eines Werkes der Charity Week Stuttgart in Zusammenarbeit mit der Grünen Jugend Stuttgart. Manche\*r Passant\*in fragte sich, wieso die Straße so sauber ist, beziehungsweise weshalb 40 Jugendliche die Straße von Müll befreiten.

**WARUM DIESE AKTION?** | Die Charity Week Stuttgart ist ein Projekt, bei dem sich größtenteils muslimische Student\*innen und Schüler\*innen für bedürftige Kinder und Waisenkinder in den ärmeren Regionen dieser Welt einsetzen. Ziel der gemeinsamen Aktion war es, auf das Thema Umwelt und den nicht sachgerecht entsorgten Müll hinzuweisen.

Der Zusammenhang zwischen Waisenkindern und Umweltschutz mag jetzt vielleicht noch nicht ersichtlich sein, aber die Motivation war folgende: Die Charity Week Stuttgart läuft jedes Jahr unter einem anderen Motto. Und dieses Jahr, bei all den

Diskussionen über den Klimawandel und dessen potenzielle Auswirkungen, haben wir uns für den Themenkomplex Umwelt und Nachhaltigkeit (#letsgrowtogether) entschieden, weil die Umwelt unser gemeinsamer Nenner ist und weil diese Erde und die Sorge um sie uns alle verbindet. Dadurch ergab sich dieses Jahr auch die Zusammenarbeit zwischen Charity Week und Grüner Jugend.

**BRÜCKEN GEBAUT ...** | Die Grüne Jugend Stuttgart fördert die Zusammenarbeit mit weiteren Jugendgruppen, um die Gesellschaft positiv zu gestalten, und agiert als Brückenbauer. Dabei geht es nicht um ein bloßes Nebeneinander, sondern um Integration gemäß ihrer originären soziologischen Definition, nämlich Integration als „Verbindung einer Vielheit von einzelnen Personen oder Gruppen zu einer gesellschaftlichen und kulturellen Einheit“. Durch unsere Aktion konnten wir also zwei unserer ganz zentralen Ziele erreichen: zum einen, die Stuttgarter Innenstadt zu säubern und die Aufmerksamkeit der Passant\*innen auf das Thema Nachhaltigkeit zu lenken, und zum anderen zu demonstrieren, wie wichtig die Arbeit als Einheit ist, um solche Ziele zu erreichen.

Dass wir unsere Umwelt im Alltag häufig weniger bewusst wahrnehmen, haben die Jugendlichen den Passant\*innen durch das simple Einkreisen alter Kaugummis auf dem Asphalt demonstriert. Zu Beginn etwas verwundert, ging den meisten schnell ein Licht auf und die Gesichter drückten von Erstaunen bis leichtem Entsetzen die verschiedensten Emotionen aus, als ihnen die Masse an Kaugummis auf unserer Straße ins Auge fiel. Besonders erfreulich war es, als sich einige Passant\*innen Kreide von den Jugendlichen liehen und sie tatkräftig bei der Aktion unterstützten. Dies sollte aber kein Einzelfall an diesem Tag bleiben: Auch zwei Müllsammler aus Japan schlossen sich den Müllsammelgruppen für kurze Zeit an. Beides aussagestarke Beispiele dafür, dass man als Einheit durchaus etwas bewirken kann.

**... UND STEINE INS ROLLEN GEBRACHT** | Die Aktion war ein Erfolg. Ob der Funke nun übersprungen ist wegen der Jugendlichen, die in ihren auffälligen Müllsammelutensilien – kostenfrei bereitgestellt von der Abfallwirtschaft Stuttgart – den Müll im Herzen Stuttgarts aufsammelten, wegen der farbenfrohen Kreise auf dem Asphalt oder wegen des gezielten Zuehens auf die Passant\*innen? Wir wis-

sen es nicht. Für uns zählt, dass sich die Menschen wirklich mit der Thematik auseinandergesetzt haben. Eine Passantin äußerte: „Eine schöne Aktion, die uns zeigt, dass die kommenden Generationen sehr wohl für das Sorge tragen, was sie erwarten wird: der Zustand unserer Umwelt.“

Die Jugendlichen selbst fanden die Aktion sehr Spaßig: „Ich fand es im Großen und Ganzen echt top!“ Weitere Rückmeldung: „Eine wirklich gelungene Aktion. Mein persönlich allerschönstes Erlebnis war, als wir auf dem Boden rumgekrochen sind und damit beschäftigt waren, jeden einzelnen Kaugummi mit Kreide einzukreisen. Wir hörten von allen Seiten die Menschen, wie sie über unsere Aktion geredet und gegrübelt haben. Ohne die Gesichter der Menschen gesehen zu haben, merkten wir, dass wir ohne viel Aufwand bei dem einen oder anderen einen Stein ins Rollen bringen konnten.“

Dass wir in einer Wegwerfgesellschaft leben, bestätigten zum Beispiel die eingesammelten Kaffeebecher, der am häufigsten gesammelte Müll von der Straße war eine Masse an Zigarettenstummeln. Insgesamt werden 42 Prozent des erzeugten Plastikmülls nur ein einziges Mal vorher verwendet. Viele Becher, Flaschen und Tüten sind laut Greenpeace gerade einmal fünf Minuten im Einsatz, bevor sie weggeworfen werden. Dennoch geraten über sie Hunderte von schädlichen Chemikalien in die Umwelt.

**STATEMENT GEGEN DIE WEGWERFGESELLSCHAFT** | Die Aktion endete ebenso schön, wie sie begann: Zum Abschluss lobte der Bürgermeister für Soziales und Integration, Werner Wölfle, die Jugendlichen im höchsten Maße für ihren Einsatz. Er verwies auf die hohen Kosten, die bei der Säuberung der Stadt regelmäßig anfallen, und meinte: „Die Königstraße war noch nie so sauber. Im Ganzen haben sich die Passanten mit der Problematik befasst, und die Jugendlichen konnten erfolgreich ein Statement setzen. Am Ende des Tages eine mehr als gelungene Aktion.“

*Heider Younas*

## FÜR DIE SCHULEN

# Wir brauchen eine gymnasiale Oberstufe an der Gemeinschaftsschule

■ Seit nunmehr über fünf Jahren haben wir mit der Gemeinschaftsschule eine erfolgreich arbeitende neue Schulform im Land, als erste in Stuttgart startete im Schuljahr 2013/2014 die Elise-von-König-Schule. Mittlerweile haben wir acht Gemeinschaftsschulen, verteilt über die ganze Stadt. Sie werden von über 1.650 Schüler\*innen besucht.

In diesem Schuljahr werden an der ersten Schule die Hauptschulabschlüsse absolviert, und Ende des nächsten Schuljahres werden die ersten Realschüler\*innen eine Stuttgarter Gemeinschaftsschule verlassen. Eltern und Schüler\*innen äußern verstärkt den Wunsch nach einer gymnasialen Oberstufe an mindestens einer der Stuttgarter Gemeinschaftsschulen.

**GEMEINSCHAFTSSCHÜLER\*INNEN SOLLEN IHR ABITUR AN EINER GEMEINSCHAFTSSCHULE MACHEN KÖNNEN.**

**DAS ZIEL NAHT:** | Nachdem das Schulverwaltungsamt bis Anfang des Jahres keine Signale gab, dass der Weg zur Einführung einer Oberstufe an einer Gemeinschaftsschule begangen werden sollte, haben wir im Februar die Verwaltung mit einem Antrag aufgefordert, einen Auswahl- und Entwicklungsprozess „Start in die Oberstufe“ zu beginnen.

Das Schulgesetz sieht diese Möglichkeit zur Schaffung der Sekundarstufe II ausdrücklich vor. Die Gemeinschaftsschule war grundsätzlich von Beginn an dafür konzipiert, unterschiedliche Schulabschlüsse anzubieten. Um auch das Abitur anbieten zu können, müssen einige Bedingungen erfüllt werden; beispielsweise muss eine Mindestanzahl von 60 gymnasial geeigneten Schüler\*innen an der jeweiligen, an den umliegenden Gemeinschaftsschulen oder auch an naheliegenden Realschulen vorhanden sein.

**STANDORT GESUCHT** | Inzwischen scheint Konsens darüber zu herrschen, dass die Stadt Stuttgart beim Regierungspräsidium die Oberstufe beantragen wird. Es muss allerdings der richtige Standort mit genügend räumlichen Kapazitäten gefunden werden. Zudem müssen in einem gemeinsamen Prozess mit den Schulleiter\*innen der Stuttgarter Gemeinschaftsschulen die pädagogisch-konzeptionellen Fragen geklärt und muss ein Kooperationskonzept der acht Schulen ausgearbeitet werden.

Für die nächste Sitzung des Schulbeirats hat die Verwaltung einen Sachstandsbericht vorgelegt, der Hoffnung macht, dass wir auf die Zielgrade einbiegen, um – endlich – eine Oberstufe für die Gemeinschaftsschulen in der Landeshauptstadt einzurichten.

*Gabriele Nuber-Schöllhammer*





# Ein dickes Budget stärkt den Stadtbezirk und unterstützt aktive Bürger\*innen

■ Im Rahmen des laufenden Doppelhaushaltes 2018/2019 wurde auf Antrag der Grünen beschlossen, den Bezirksbeiräten deutlich mehr Geld zur Verfügung zu stellen – um rasch und möglichst einfach Aktivitäten und kleinere Umgestaltungsmaßnahmen im öffentlichen Raum zu ermöglichen. Davor war das Budget im Wesentlichen für bürgerschaftliches Engagement, Vereine und Feste vorgesehen. Jetzt wurden auch für alle Stadtbezirke kulturelle Förderungen, Bürgerbeteiligungen und vor allem bauliche Maßnahmen vorgesehen.

**SCHNELL UND UNKOMPLIZIERT: FINANZSPRITZEN DORT, WO SIE SOFORTWIRKUNG ENTFALTEN.** | Das Bezirksbudget im Stuttgarter Westen stieg von jährlich ca. 20.000 Euro auf 100.000 Euro. Zugegeben keine Riesensummen. Aber doch eine sehr effektive, bürgernahe und den Stadtbezirk stärkende Maßnahme. Das neue Bezirksbudget wurde im Bezirksbeirat West von allen Fraktionen und Gruppierungen begrüßt. Zusätzlich zu den bisherigen Zuschüssen verständigte man sich dort schnell auf neue Projekte. Auf Anregung von Bürger\*innen wird ein

kleines, vernachlässigtes Grünbeet umgestaltet: Es bekommt Sitzgelegenheiten, einen neuen Baum und Platz für Urban Gardening und kann sich so zum Nachbarschaftstreffpunkt entwickeln.

Auf dem Moltke-Areal wird auf Anregung des Jugendrats eine neue Sitzgruppe und ein Calisthenics-Gerät aufgestellt. Die Betonwand dahinter wird vom Jugendrat unter Anleitung mit Graffiti künstlerisch gestaltet. Auf dem großen Frei- und Spielgelände soll dazu noch ein Trinkbrunnen aufgestellt werden.

**ABENTEUERSPIELPLATZ, FUSSWEGEBROSCHÜRE, NEUARTIGER ALTGLASCONTAINER – GROSSE UND KLEINE VORHABEN GIBT'S ZUHAUF!** | Der Abenteuerspielplatz wurde mit 10.000 Euro unterstützt, um einen Kletterturm zu bauen. Die Naturfreunde erstellten auf Basis des Fußwegekonzepts eine Broschüre mit Ausflügen zu Fuß aus dem Westen zu attraktiven Zielen in der Umgebung. Die Druckkosten übernahm der Bezirksbeirat. Den Einbau eines unterirdischen Altglascontainers im Rahmen der Sanierung des Ost- und Westufers am Feuersee will der Bezirksbeirat ebenfalls als Pilotprojekt fördern. Der Beschluss darüber musste allerdings auf Januar 2019 verschoben werden, da die diesjährigen Mittel bereits nahezu verbraucht sind.

Welche Bedeutung dieses neue Budget für unseren Stadtbezirk hat, wird auch daran deutlich, dass alle größeren Maßnahmen vom Bezirksbeirat einstimmig beschlossen wurden. Eine deutliche Stärkung der Stadtbezirke – vorausgesetzt, die Bezirksbeirat\*innen nehmen diese neue Aufgabe verantwortungsvoll an.

*Reinhard Möhrle,  
Bezirksvorsteher Stuttgart-  
West*



Links der neue Kletterturm des ABI West. Auch er kann dank Bezirksbudget nun gebaut werden. Skizze: KuKuk GmbH

**DAS  
STADT  
BLATT**

**LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,** gefällt Ihnen DAS STADTBLATT? Wir freuen uns über Ihr Lob, nehmen aber auch Ihre Anregungen sehr gerne entgegen. Wenn Sie denken, dass Ihre Freunde, Bekannten und politischen Gegner\*innen DAS STADTBLATT ebenfalls lesen wollen, nehmen wir gern deren Adresse auf – schicken Sie uns einfach ein Mail an [gruene.fraktion@stuttgart.de](mailto:gruene.fraktion@stuttgart.de). Wir finden, grüne Ziele müssen noch bekannter gemacht werden, grüne Politik braucht mehr Unterstützung. Schön, wenn Sie uns dabei helfen.





ALLE BEZIRKE

# Budgets für alle

## MEHR PARTIZIPATION, MEHR IDENTIFIKATION ...

Das Engagement und die Identifikation mit dem eigenen Stadtquartier oder dem eigenen Bezirk ist eine der wirkungsvollsten Kräfte für gelebte Partizipation und Demokratie in einer Stadt. Und hier zählt die Aktivität und das Gemeinwesen in jedem Stadtbezirk. Um die Bezirksbeirat\*innen darin zu unterstützen, wiederum selbst viel stärker als bisher das Gemeinwohl vor Ort fördern zu können, haben wir richtig hohe Summen zur Verfügung gestellt.

## ... AUF BETREIBEN DER GRÜNEN

Auch wenn die CDU-Gemeinderatsfraktion noch so oft behauptet, es sei ihr Verdienst – es waren wir Grünen, die das Stadtteilbudget mit einer Kalkulation von 1,50 Euro je Einwohner\*in auf den Weg gebracht haben. Wir hatten die Erhöhung des Bezirksbudgets in Höhe von 945.000 Euro pro Jahr zur Stärkung aller Bezirke Stuttgarts beantragt. Und wir haben die Idee der Stadtteilpauschale, die es bis dato nur in den Innenstadtbezirken und in wenigen Außenbezirken gab, auf alle Stadtbezirke ausgedehnt.

## AUCH FÜR KULTUR- UND SPORT- VERANSTALTUNGEN UND NACH EIGENEN KRITERIEN

Das bestehende Kulturbudget der Bezirke wollten wir ebenfalls angepasst und ausgeweitet sehen. Bis dahin bekamen lediglich elf Bezirke eine Förderung für kulturelle Veranstaltungen, und das in sehr unterschiedlichen Größenordnungen. Dafür hatten wir 150.000 Euro im Jahr beantragt. Jetzt hat jeder Stadtteil ein Gesamtbudget für alle unterstützenswerten Aktivitäten, seien sie nun kultureller, sportlicher oder gestalterischer Art.

Nachdem die Bezirksbeirat\*innen selbstbestimmt Kriterien zur Vergabe der Mittel mit viel Engagement erarbeitet haben – danke für Ihren und Euren Einsatz! –, konnte im Jahr 2018 zum ersten Mal das Stadtteilbudget eingesetzt werden. Wir wünschen allen Bezirksbeirat\*innen viel Erfolg bei ihrer wichtigen Arbeit. Auf gut Schwäbisch: **VERBRAUCHEDS GUAD!**

Gabriele Munk



WEILIMDORF

# So geht Beteiligung!

Als Anfang 2018 die SSB kundtat, auf der Gemarkung Weilimdorf einen weiteren SSB-Betriebshof bauen zu wollen, war Widerstand zu erwarten. Denn die für rund 40 Stadtbahnen plus Werkstattgebäude nötigen Eingriffe in die Landschaft schienen enorm. Für die vierte Anlage dieser Art und Größe in Stuttgart werden ca. 3,5 Hektar Fläche benötigt. Der Bedarf für eine Abstellanlage ist da: Der Stadtbahnverkehr boomt, es müssen immer mehr Fahrzeuge angeschafft und auch abgestellt werden – und dies ist erst der Anfang der dringend notwendigen Verkehrswende.

**GLAUBWÜRDIG, ERGEBNISOFFEN – UND EXTREM SCHNELL!** Anders als die Bahn bei Stuttgart 21 ging die SSB gleich von Anfang an mit mehreren Standortalternativen in die Diskussion – also keine Rede von „alternativlos“. Darüber ergab sich eine rege, ergebnisoffene Diskussion mit Bezirksbeirat\*innen, Betreuungsstadträt\*innen, Landwirt\*innen und anderen Akteuren vor Ort. Wir Grünen aus Weilimdorf haben uns stark engagiert und konstruktiv eingebracht, indem wir auch etliche neue Standorte ausgespäht und vorgeschlagen haben. Erfreulich war, dass die Umweltbelange Boden-, Natur- und Klimaschutz sowie Lärmschutz beim Abwägen eine zentrale Rolle gespielt haben. Nach intensiven Gesprächen wurde sowohl im Bezirksbeirat als auch im Gemeinderat ein Grundsatzbeschluss gefällt, den Betriebshof an der Gemarkungsgrenze zu Ditzingen zwischen Hausen und Bundesstraße B 295 bauen zu wollen. Im Oktober votierte der Umwelt- und Technikausschuss einstimmig für das 100 Millionen Euro teure Projekt, das 2023 in Betrieb gehen soll.

Für ein solches Großprojekt in einem dichtbesiedelten Ballungsraum ist dies eine sensationell schnelle Einigungszeit von nicht einmal einem halben Jahr. Großer Dank an SSB-Chefplaner Volker Christiani, der diesen offenen Diskussionsprozess auf Augenhöhe mit den Bürger\*innen zugelassen und die Vorschläge dann auch tatsächlich aufgenommen hat.

Besonders erfreulich ist für uns, dass mit der Streckenführung ab der Haltestelle Rastatter Straße parallel zur B 295 der Stadtteil Hausen mit seinen fast 3.500 Bewohner\*innen an die Stadtbahn angeschlossen wird. Bisher wird Hausen nur von einer schwach getakteten Buslinie bedient. Auf Drängen der Weilimdorfer Grünen werden die Streckengleise nun dicht mit der B 295 gebündelt, was den Flächenverbrauch stark minimiert. Dennoch werden dafür fast zwei Hektar vor allem Straßenböschungsfäche in Anspruch genommen.

## AUSGLEICH AM GRÜNEN HEINER?

Die Verluste von wertvollen Ackerböden und Biotopstrukturen sind also erheblich. Daher drängen die Weilimdorfer Grünen darauf, die notwendigen Ausgleichsmaßnahmen im nun folgenden Planfeststellungsverfahren unter möglichst großer Nichtinanspruchnahme von Ackerflächen vor Ort, auf Weilimdorfer Gemarkung, umzusetzen. Der SSB-Chefplaner hat dies im Bezirksbeirat zugesagt. Wir Grünen wollen hierzu konkrete Vorschläge machen – wie zum Beispiel die Rückumwandlung wilder Lagerplätze in naturnahe Flächen am Fuße des Grünen Heiners.

Clarissa Seitz



zurück zur Übersicht



S-MITTE UND WEITER

## ■ DER RADVERKEHR WÄCHST. ZIGTAUSENDE UNTERSCHREIBEN FÜR RADENTSCHIED STUTTGART

Stuttgarts Radler fahren von Rekord zu Rekord, der Radverkehr schnurrt: Voraussichtlich um 20 Prozent steigt dieses Jahr die Zahl derer, die die beiden Zählstellen in Kaltental und auf der König-Karlsbrücke passiert haben. Bei der letzten Critical Mass Stuttgart gab es einen November-Rekord. Und die Leute vom Radentscheid gehen davon aus, dass sie bereits 30.000 Unterschriften für ein Bürgerbegehren über die Zukunft und die Entwicklung des Radverkehrs in Stuttgart zusammengesammelt haben.

Critical Mass Stuttgart, jeden ersten Freitag im Monat. Momentaufnahme am Hauptbahnhof. Foto: Lukas Mehl



MÖHRINGEN

# Fahrrad-Service-Station dauerhaft gesichert

Lange war der Erhalt der Fahrrad-Service-Station am Bahnhof Möhringen immer wieder Thema im Bezirksbeirat und im Gemeinderat.

Nachdem das Grundstück, auf dem die Station bislang in einem Schuppen untergebracht war, von der SSB verkauft wurde, war der weitere Verbleib am Bahnhof unsicher und der intermodale Verkehrsknoten Möhringen mit Umsteigemöglichkeiten von verschiedenen U-Bahnlinien auf Busse und eben auch aufs Rad in Gefahr. Jetzt ist die Station gerettet – und kann vielleicht sogar zum Treffpunkt aufgewertet werden.

■ Der Filderbahnplatz ist mit dem alten Bahnhof und dem Bürgerhaus ein attraktiver und zentraler Ort in Möhringen. Zugleich ist er aber auch ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt. Zu den guten Voraussetzungen für vernetzte Mobilität trägt auch die vom Sozialunternehmen Neue Arbeit gGmbH betriebene Fahrrad-Service-Station am Ende der Filderbahnstraße bei.

**NEUBAU IN ABSPRACHE MIT BAUGENOSSENSCHAFT. MUSIKSCHULE MIT IM BOOT?** | Nach vielen Anträgen und Beschlüssen ist es nun so weit: In der letzten Sitzung des Bezirksbeirats wurden die Pläne für das letzte verbliebene Grundstück zwischen Bürgerhaus und Bahnhof vorgestellt. Mit großzügigem Erdgeschossbereich, der neben der Fahrrad-Service-Station auch zahlreiche weitere gesicherte Fahrradstellplätze bietet. Auch die Musikschule findet hier eventuell doch noch eine neue Heimat. Daneben sollen hier Büros und Wohnungen in Regie der Baugenossenschaft Friedenau entstehen. Nicht nur das Gebäude, auch der Platz zwischen dem Neubau und dem Bürgerhaus wird von Genossenschaft und Stadt gemeinsam gestaltet und aufgewertet. Über Geschmack lässt sich trefflich streiten, besonders und gerade im Hinblick auf Architektur. Doch die Nutzungsmischung zwischen Gewerbe, Wohnen und öffentlichen/sozialen Nutzungen ist gelungen und ein wichtiger Punkt für Möhringen und die Fildern erreicht: Die Fahrrad-Service-

Station am Bahnhof bleibt, der intermodale Verkehrsknoten wird ausgebaut. Denn klar ist nach dem von uns beantragten und leider ergebnislosen Suchlauf nach alternativen Räumlichkeiten sowie der Absage des neuen Eigentümers, diese Flächen an die Stadt zu verkaufen oder dieser auch nur das Erdgeschoss für die Radstation zur Verfügung zu stellen: Ohne eine Neubebauung an den Gleisen, ob seitens der Stadt oder wie jetzt durch die Genossenschaft, gibt es keine Fahrrad-Service-Station und keine Radabstellanlage mehr am Möhringer Bahnhof. Für diese von den Möhringer\*innen stark nachgefragten Angebote hätte es das Aus bedeutet.

Ebenso wenig wäre die Umwandlung der dazugehörigen Verkehrsflächen und die Schaffung eines neuen, autofreien Platzes mit guter Durchwegung und deutlich höherer Aufenthaltsqualität als bisher möglich gewesen.

Klar sein muss aber auch: Jetzt muss die Stadt Nägel mit Köpfen machen und das Angebot einer dauerhaften Anmietung der Räume annehmen – nicht nur für die Fahrrad-Service-Station und die Fahrradabstellanlage, sondern auch für die Musikschule! Dann kann hier ein echter gesellschaftlicher Mehrwert geschaffen werden.

Petra Rühle





BAD CANNSTATT

# Autofrei auf Probe

**WILHELMSBRÜCKE OHNE VERKEHR: EIN FEST!** | Wir arbeiten an vielen Stellen in der Stadt daran, die Lebensqualität zu verbessern. In Bad Cannstatt bietet die Wilhelmsbrücke dafür ein großes Potenzial. Diese autofrei zu machen, wird einfach möglich sein, wenn der Rosensteintunnel fertig ist. Denn dann ist es ein Leichtes, über die Rosensteinbrücke, die vom Verkehr entlastet sein wird, auszuweichen. Auch im Ideenwettbewerb zum Neckarknie ist klargeworden, dass die Wilhelmsbrücke eine Schlüsselrolle zur Aufwertung der Lebensqualität in Bad Cannstatt innehat. Alle zehn Entwürfe identifizierten in einer autofreien Wilhelmsbrücke eine Maßnahme zur Realisierung der „Stadt am Fluss“. Für uns war daher klar: Wir müssen dieses Projekt angehen. Deshalb haben wir im Gemeinderat eine Mehrheit dafür organisiert, dass die Brücke zügig nach Eröffnung des Rosensteintunnels autofrei werden soll.

Wie dadurch Leben in die Stadt kommt, das hat eine parteiübergreifende Initiative aus Grünen, SPD, SÖS-Linke-Plus und Bürgerinitiativen wie der BI Schöne Straße eindrucksvoll gezeigt. Mehr als 500 Besucher\*innen kamen Ende Oktober bei der ersten Brückensperrung und haben gefeiert und die vielfältigen Angebote genossen.

*Björn Peterhoff*



2023 soll der Umbau der Villa Berg abgeschlossen sein. Foto: Redaktion



S-OST

# Park Berg erwacht aus Dornröschenschlaf

**KLEINOD BLÜHT AUF!** | Das lange versunkene Kleinod im Stuttgarter Osten, der Park der Villa Berg, erwacht langsam aus seinem Dornröschenschlaf – und zwar im wahrsten Sinne des Wortes. Nach der Restauration des von Joseph von Egle entworfenen Belvederes konnte im Oktober auch der wiederhergestellte Rosengarten mitsamt neuem Brunnen eingeweiht werden. Im Frühsommer 2019 wird man sich dann an rund 1.900 neu gepflanzten Rosen, vorwiegend historische Sorten, erfreuen können. Dazu kommen Rebstöcke, die das Ensemble passend umrahmen. Der

Park der Villa Berg sei „eine Natur- und eine Kulturoase in einem“, wie unser Oberbürgermeister treffend bemerkte.

Zuletzt haben wir im Ausschuss für Umwelt und Technik den Rückbau der ehemaligen, mittlerweile zu modernen Ruinen verkommenen Rundfunk-Sendestudios beschlossen, als einen weiteren Schritt auf dem langen Weg zur Wiederherstellung und Öffnung des Parks.

## IN DER ALTEN VILLA BERG WIRD GESCHICHTE LEBENDIG. UMBAU ZUM HAUS FÜR MUSIK UND MEHR

Der derzeitige Blick auf die Villa trübt dagegen die Stimmung. Doch von ihren lebendigen geschichtlichen Wurzeln und ihren großen Potenzialen konnten wir uns bei einem Rundgang in diesem Sommer überzeugen. Manchmal will gut Ding Weile haben. Schritt für Schritt erwachen dieser wunderschöne Park und die herrschaftliche Villa zu neuem Leben, nun aber als Park und Schloss für alle Stuttgarter\*innen. Lange haben wir uns dafür eingesetzt, viele Etappensiege errungen – 2023 ist nun das Ziel für die Wiedereröffnung der Villa als Haus für Musik und mehr. Wir freuen uns drauf, um dann diesen großen Erfolg gemeinsam zu feiern.

*Petra Rühle*



Verweilbrücke. Foto: Hubert Hermes



# Kommunalpolitische Chronik

Wieder wollen wir Ihnen an dieser Stelle Rechenschaft über den öffentlichen Teil unserer Anträge und Anfragen der letzten Monate geben, mit denen wir unser Grünes Programm auf den Weg bringen wollen. Anträge sind und bleiben das Königsrecht des Stadtrats, mit dem er die Verwaltung beflügeln oder zwingen kann, bestimmte Themen zu bearbeiten, und mit dem sich dann auch Abstimmungen in diesem Gremium herbeiführen lassen. Eine Auswahl.

■ *Anna Deparnay-Grunenberg* hatte vor geraumer Zeit die Prüfung einer **URBANEN SEILBAHN** vorgeschlagen, um Verkehrsprobleme in Stuttgart-Vaihingen zu lösen. Die Idee fand Niederschlag in der Seilbahnstudie des Landes Baden-Württemberg. Nachdem deren Ergebnisse vorliegen, sollen nun seitens der Landeshauptstadt Stuttgart konkret die urbanen Seilbahnverbindungen Vaihingen–Möhringen und Pragsattel–Ostendplatz untersucht und verwertbare Erkenntnisse schnell generiert werden. Bereits jetzt steht fest: Urbane Seilbahnen können Teil eines ÖPNV-Netztes werden. Sie sind leise, platzsparend, fahren kontinuierlich und mit einer in der Regel guten Ökobilanz im Vergleich zu anderen öffentlichen Verkehrssystemen. Wenn durch die „historische“ Tarifzonenreform im Verkehrsverbund Stuttgart (VVS) im nächsten Jahr die Ticketpreise bei VVS und Stuttgarter Straßenbahnen (SSB) deutlich sinken, profitieren die Stuttgarter Schüler\*innen mit ihrem Scool-Abo nicht wie andere Kundengruppen von der Reform. *Jochen Stopper* drängt daher darauf, **AUCH DAS SCOOL-ABO IN STUTTGART GÜNSTIGER ZU MACHEN**. Durch einen städtischen Zuschuss könnte das Scool-Abo deutlich an Attraktivität gewinnen und noch mehr Familien dazu bewegen, auf dem Weg zur Schule und in der Freizeit öfter mal auf das Auto zu verzichten und den ÖPNV zu nutzen. Die alte Stuttgart-21-Mehrheit hat bedauerlicherweise den lange bestehenden Konsens „Innen vor Außen“ beim Thema Wohnungsbau aufgekündigt. Im Gewinn Schafhaus in Mühlhausen will sie Frei-

flächen auf der Grünen Wiese – für Stuttgarter Verhältnisse sehr locker – bebauen. Lebensräume für Tiere und Pflanzen, wertvolle Naherholungsgebiete und Flächen von stadtklimatologischer Bedeutung gehen verloren. Grüne und SÖS-Linke-Plus lehnen diese Bebauung ab. Für den Fall, dass eine Mehrheit diese Bebauung dennoch durchdrückt, fordert *Andreas Winter*, **STÄDTISCHE BODENPOLITIK AKTIV ZU GESTALTEN**, die Flächen seitens der Stadt aufzukaufen und selbst zu entwickeln – in einer angemessenen höheren Dichte, mit einer modernen urbanen Quartiersplanung und nach ökologisch und sozial höchsten Standards.

Im Jahr 2020 jährt sich der Geburtstag von Georg Wilhelm Friedrich Hegel zum 250sten Mal. Die Vorbereitungen für die Würdigung des in Stuttgart geborenen Philosophen laufen, vor allem soll die Ausstellung im Hegel-Haus neu gestaltet werden. Weil wir aber die Verbindung Stuttgarts mit dem Philosophen für ausbaubar halten, soll die **HEGEL-STADT STUTTGART** das Jubiläum durch Veranstaltungen und Aktionen in der ganzen Stadt feiern. *Andreas Winter* regt an, zu prüfen, ob durch das aus dem „Change Lab Hegel 2020“ der Universität Stuttgart und des Kulturamts Stuttgart hervorgegangene Projekt „Die Stadt als Kunstwerk“ philosophische und gesellschaftlich relevante Grundfragen Hegels in der Stadt skulptural, performativ oder in einer anderen geeigneten Form thematisiert werden können.

Zahlreiche ergänzende Maßnahmen zur **DRITTEN FORTSCHREIBUNG DES LUFTREINHALTEPLANS** stellt *Björn Peterhoff* zur Abstimmung – nicht ohne darauf hinzuweisen, dass die gerichtlich angeordneten, ab Januar 2019 kommenden Verkehrsbeschränkungen für Dieselfahrzeuge bis Euro 4 zu vermeiden gewesen wären, wenn die Bundesregierung die Nachrüstung der Fahrzeuge forciert hätte. In einer der vorgeschlagenen Maßnahmen wird die Landesregierung aufgefordert, die Kommunen zu ermächtigen, eine Nahverkehrsabgabe einzuführen.

Die Breitbandversorgung in der Region Stuttgart nimmt Fahrt auf. Die Vorbereitungen für die Gründung einer **BREITBAND SERVICEGESELLSCHAFT REGION STUTTGART** laufen. Zwar hätten wir einen eigenwirtschaftlichen Glasfaserausbau der Stadt bevorzugt, weil wir den Breitbandausbau als Daseinsvorsorge betrachten. Jedoch erkennen wir an, dass in einer die ganze Region umfassenden Kooperation mit der Telekom der Ausbau der Glasfasernetze in Stadt und Region jetzt energisch vorangetrieben werden kann und Doppelbau sowie Überkapazitäten vermieden werden können. Fragen hat *Silvia Fischer* allerdings noch zum geplanten Ausbau der Funknetze.

Nach unseren Anträgen „Die Zukunft des Stuttgarter Waldes im Blick“ und „Stuttgart auf dem Weg zur nachhaltigen Pflege des Waldes“ besteht *Andreas Winter* im Antrag „Wald III“ auf einem **WALDBEIRAT**. Erforderlich wird ein solcher durch die Herausforderungen aus der Trennung von Landes- und Stadforsten, durch die seit Jahren schwierige personelle Situation im Forstamt und nicht zuletzt durch die Weiterentwicklung der forstlichen Praxis. Dazu gehört für uns vor allem die vom Gemeinderat beschlossene Zertifizierung gemäß Forest Stewardship Council (FSC), aber auch ein besseres Kommunikationskonzept mit der Stuttgarter Bürgerschaft und die Umsetzung des Fauna-Flora-Habitat-, kurz FFH-Managementplans Glemswald.

Kaum hat sich Deutschland bei der Vergabe für die **FUSSBALL-EUROPAMEISTERSCHAFT 2024** – mit Stuttgart als einem der Austragungsorte – durchgesetzt, freut sich *Björn Peterhoff* schon auf ein buntes, schönes Sommerfest, ein volles Stadion und Public Viewing in der Sommersonne. Fraglich nur, ob sich auch der Nabel der Stuttgarter Fußballwelt, Bad Cannstatt, entsprechend präsentiert. Der Stadtbezirk soll sich daher bis dahin noch etwas aufhübschen: Viele städtebauliche Verbesserungsmaßnahmen, die seit Langem ins Auge gefasst sind, sollen bis 2024 umgesetzt werden.



■ SPERRSTUNDE: GEGEN DAS CLUB-STERBEN IN DER INNENSTADT

WOHL KAUM DAS RICHTIGE MITTEL!

Was geht in Stuttgart? Keller Klub schließt, Gabys Gruft schließt. Romy S. schließt. Die Zeiten werden schlecht für das Stuttgarter Nachtleben. Und um das Ganze auf die Spitze zu treiben, hat das Regierungspräsidium für die Clubs Dilayla, White Noise und Bar Romantica die Sperrstunde wieder eingeführt. Wir haben da so unsere Zweifel, ob Sperrzeit wirklich das richtige Instrument für den klar notwendigen Anwohnerschutz ist. Wir drängen deswegen darauf, die Sperrzeit wieder aufzuheben.

Universum Stuttgart. Foto: Zavijava2 / Wikimedia Commons

Gabriele Munk unterbreitet einen Vorschlag, wie wir innerorts neue **PARK- UND BAUFLÄCHEN SCHAFFEN** können. Durch den Rückbau der verkehrlich völlig überdimensionierten Holzgarten-, Hegel- und Kriegsbergstraße lassen sich der Stadtgarten erweitern und der Hegelplatz zu einem Platz weiterentwickeln, der diesen Namen verdient. Nicht zuletzt kann der „Platz der Deutschen Einheit“ so gestaltet werden, dass er Bosch-Areal und Liederhalle attraktiv mit dem Stadtgarten verbindet. Dazu sollen die erforderlichen verkehrlichen Untersuchungen jetzt vorgenommen und Gespräche mit der Universität Stuttgart geführt werden. Seit Beginn des Jahres 2018 protestieren Bürger\*innen gegen die Errichtung des Sendemasts Rohrer Höhe. Und die BI Mobilfunk Stuttgart ruft zur Kundgebung gegen den geplanten Bau dreier neuer Masten im Stuttgarter Westen auf. Beide Initiativen kritisieren fehlende Transparenz und Information innerhalb der Stadtverwaltung über die Ausbaupläne. Clarissa Seitz hält es für geboten, dass die Bürger\*innen in den Bezirken vor der Entscheidung über die Standorte informiert werden. Die Verwaltung möge daher einen Vorschlag unterbreiten, wie sie innerhalb der geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen **TRANSPARENT ÜBER GEPLANTE STANDORTE FÜR MOBILFUNKANLAGEN INFORMIEREN** kann.

Grüne, SPD und SÖS-Linke-PluS bringen im gemeinsamen Antrag **DAS VOLKSFEST UND DAS VERKEHRSCHAOS** ihren Ärger über die massiven Staus in Bad Cannstatt und im Stuttgarter Osten mit Auswirkungen bis in die Innenstadt gleich am ersten Volksfest-Wochenende zum Ausdruck. Besonders ärgerlich: Auch Busse und Stadtbahnen standen im Stau. Björn Peterhoff will daher von der Verwaltung wissen, wie sich durch intelligente Verkehrssteuerung, einen wirkungsvollen Vollzugsdienst, das Abschleppen von wild abgestellten Fahrzeugen und ein Zufahrtskonzept für das Veielbrunnen-Gebiet dieses Chaos künftig vermeiden lässt. Angesichts der humanitären Katastrophe auf dem Mittelmeer sieht Andreas Winter auch die Landeshauptstadt Stuttgart in der Pflicht. Grüne, SPD und SÖS-Linke-PluS wollen, dass der Gemeinderat seine Bereitschaft erklärt, **AUS SEENOT GERETTETE GEFLÜCHTETE AUFZUNEHMEN** und sich gegenüber der Bundesregierung dafür einsetzt, dies zu ermöglichen. Oberbürgermeister Fritz Kuhn soll aufgefordert werden, sich wie die Städte Köln, Bonn oder Düsseldorf bei der Bundesregierung dafür starkzumachen und zu erklären: Auch Stuttgart will und kann in Not geratene Geflüchtete aufnehmen.

**LASTENRADFÖRDERUNG FÜR FAMILIEN** erfolgreich: Bei den letzten Haushaltsberatungen haben wir ein Förderprogramm zur Unterstützung von Eltern beim Kauf eines Familien-Lastenrads auf den Weg gebracht. Das kam so gut an, dass bereits wenige Wochen nach Veröffentlichung des Förderprogramms der Topf leer war.

Aus ihm hätten 167 Family-Bikes gefördert werden können – tatsächlich gingen aber 300 Anträge ein. Das zeigt, die Stuttgarter\*innen sind bereit, nachhaltig mobil zu sein und auf einen eigenen Pkw zu verzichten. Björn Peterhoff regt an, allen Antragsteller\*innen den beabsichtigten vollen Förderbetrag zu gewähren. Mit zwei neben uns Grünen auch von CDU, SPD, SÖS-Linke-PluS und Freien Wählern unterstützten Anträgen kümmert sich Silvia Fischer um den Treffpunkt Rotebühlplatz und die Standortentwicklung **VHS 2030**. Die **ERWEITERUNG DES STANDORTS ROTEBÜHLPLATZ** auf der Fläche des Parkhauses der Max-Eyth-Schule soll mit Nachdruck vorangetrieben werden. Dem Gemeinderat soll dazu im ersten Quartal 2019 ein Stufenplan zur Umsetzung vorgelegt werden. Nach über 25 Jahren intensiver Nutzung sind sowohl der Hallenbereich des Treffpunkts Rotebühlplatz als auch die Unterrichtsbereiche der Volkshochschule in die Jahre gekommen. Über die notwendige Ausstattungsmodernisierung besteht zwischen Stadt und vhs grundsätzlich Einigkeit. Welcher Sanierungsbedarf besteht und welcher Mittelbedarf hierfür erforderlich ist, soll zu Beginn des neuen Jahres im Verwaltungsausschuss dargestellt werden.

Martin Steeb

**Alle diese Anträge und Anfragen wie auch weitere, hier nicht erwähnte Anträge und – soweit vorhanden – die Stellungnahmen der Verwaltung dazu können auf der Homepage der grünen Gemeinderatsfraktion nachgelesen werden: [www.lust-auf-stadt.de/antraege](http://www.lust-auf-stadt.de/antraege)**



# Kompass verloren?

**AUF SCHLINGERKURS ZWISCHEN BÜRGERMEISTERPOSTEN UND MIGRATIONSPAKT, MENSCHENRECHTEN, FAHRVERBOTEN** | Irgendwie schon auch beunruhigt, fragen wir uns seit geraumer Zeit: Ist der CDU vor lauter „Vision 2030“ (CDU-Cooldeutsch: „zwei.tausend.dreißig“) der innere Kompass abhanden gekommen? Okay, wen die Schwarzen zum Bürgermeister machen, wer zugreift und wer die Verantwortung scheidet, welche Befähigung verlangt wird und so weiter – das verstehen wir schon lange nicht mehr. Ist aber auch nicht unser Ding, da machen wir nicht rum.

Anders sieht die Sache aus, wenn sich die Partei inhaltlich neu positioniert und diese neue Position sich möglicherweise auf unsere Stadtgesellschaft auswirkt. Also dann beispielsweise, wenn sich die Stuttgarter CDU gegen die Unterzeichnung des Migrationspakts ausspricht. Wenn sie also vollends auf die Linie der Mutter aller Probleme abrutscht und sich dabei auch gegen die eigene Kanzlerin stellt.

Das Votum des CDU-Vorstands wär' ja nicht ganz so ernst zu nehmen, laviert der Kreisvorsitzende – das wäre eher als momentanes Stimmungsbild der am Abend Anwesenden zu verstehen denn als regelrechter Beschluss. Sorry, werte Kollegen, in dieser Frage braucht's mehr Ernsthaftigkeit.

Weil's gerade passt: Hat es eigentlich eine tiefergehende Bedeutung, dass die CDU dem Stuttgarter Bündnis für Menschenrechte nicht beigetreten ist? Und wie tricky ist das denn, dass diese Partei, die nach eigener Aussage „Großstadt kann“, mit ihrer Regionalkonferenz für Baden-Württemberg nach Böblingen ausweicht?

**DA BEKOMMEN WIR AUSNAHMEZUSTÄNDE!** | Jetzt aber noch zu einem anderen Kompass-Thema: Fahrverbote. Leidige Geschichte, gerichtlich verfügt, die Stadt kommt nicht drumrum. Sie lässt aber Ausnahmeregelungen gelten für alle, die begründet nachweisen, dass sie auf ihr Fahrzeug angewiesen sind. Da kommt ab Dezember viel zusätzliche Arbeit auf die Verwaltung zu, schon wurde neues Personal eingestellt. Üblich ist in derartigen Fällen, dass eine kostendeckende Verwaltungsgebühr verlangt wird, die dann im 46 Seiten umfassenden Gebührenverzeichnis der Stadt nachgeschlagen werden kann. Die Ausnahmegenehmigung zur Beförderung von Leichen, die nicht mit einem Leichenwagen befördert werden, kostet zum Beispiel zwischen 240 und 395 Euro. Im Fall der Ausnahmegenehmigungen beim Fahrverbot hat die CDU jetzt aber durchgesetzt, dass keine Gebühr erhoben wird. Die Stadt kostet das rund 570.000 Euro. Sozusagen ein aus Steuermitteln finanziertes Geschenk an die, die dann doch fahren dürfen. Steckt da jetzt eine Vision dahinter, die wir nicht sehen?, fragt sich und Sie:

*Andreas Winter*

## DAS STADTBLATT | DEZEMBER 2018 | IMPRESSUM

**Herausgeber\*innen:** Anna Deparnay-Grunenberg, Silvia Fischer, Benjamin Lauber, Vittorio Lazaridis, Christine Lehmann, Andrea Münch, Gabriele Munk, Gabriele Nuber-Schöllhammer, Björn Peterhoff, Petra Rühle, Beate Schiener, Clarissa Seitz, Jochen Stopper, Andreas Winter

**Titelfoto:** Redaktion

**Redaktion:** Petra Rühle und Andreas Winter (verantwortlich), Nicole Rogalski, Martin Steeb  
**Redaktionelle Mitarbeit, Gestaltung:** Sabine Weissinger, freie Journalistin, Stuttgart

**Bündnis 90 / Die Grünen im Gemeinderat der Stadt Stuttgart**  
Rathaus, Marktplatz 1, 70173 Stuttgart  
Telefon 0711 216-60722, -60723, -60727  
Telefax 0711 216-60725

**Geschäftsstelle:**  
Rebecca Benez, Thomas Dengler, Nicole Rogalski, Martin Steeb

**Diskussionsbeiträge willkommen unter:**  
gruene.fraktion@stuttgart.de

**Druck:** UWS | Druckhaus Stil, Stuttgart, auf 100 % Recyclingpapier  
**DAS STADTBLATT wird auf Wunsch zugeschickt und ist über das Internet verfügbar:**  
[www.lust-auf-stadt.de](http://www.lust-auf-stadt.de)

